

*... er wäre sogar in den Dschungel gegangen,
um aus Deutschland zu kommen.*

Ein Bericht von zerbrochenen Lebenskreisen in einem nordhessischen Marktflecken und seiner Umgebung zwischen 1920 und 1942¹

Barbara Greve

Am 31. Mai 1942 war alles zu Ende. Die letzten jüdischen Bewohner Oberaulas, ein kleines Grüppchen von etwa 20 Personen, schleppte seine Habseligkeiten zur Bahnstation, um von dort nach Kassel und in der Folge nach Lublin/Maidanek abtransportiert zu werden. Oberaula war „judenfrei“.

Damit erfolgte nach mehr als 300 Jahren die gewaltsame Zerstörung einer gesellschaftlichen Symbiose, welche diesen Ort wie so viele andere seiner Umgebung mit geprägt hatte².

In den folgenden zwei Abschnitten wird über das jüdisches Alltagsleben in einer nordhessischen Region in den letzten zwanzig Jahren ihres Bestehens aus verschiedenen Blickwinkeln berichtet. Der erste Abschnitt handelt vom jüdischen Alltag vor der Machtübernahme der Nazis, vom historischen Erbe, welches bis weit in unser Jahrhundert hinein die Lebensformen prägte, vom Aufstieg, der Sicherheit und den Verunsicherungen, denen jüdisches Leben bis zu diesem Datum ausgesetzt war. Der zweite Abschnitt handelt vom langsamen Verlust dieser Alltagsformen, von einer Zeit der gestörten Balance, der zunehmenden Steigerung des Terrors und der allmählichen Vernichtung der Menschenwürde.

Nur die Kenntnis historischer Gegebenheiten kann einen Eindruck davon vermitteln, in welchen Koordinaten sich jüdisches Leben im Kreis Ziegenhain und seiner Umgebung abspielte, welchen Belastungen es ausgesetzt war und welche Befreiungen es in seiner Geschichte erlebt hat. Nur so ist zu verstehen, welche Verunsicherungen auf Seiten der Juden tief verwurzelt waren und welche Vorurteile auf christlicher Seite über die Jahrhunderte hinweg immer wieder aus verschiedenen Interessen verstärkt wurden. Erst aus der Kenntnis der Geschichte und des historischen Umgangs miteinander können wird erahnen, welche Brüche die Vertreibung und Vernichtung der jüdischen Bürger in der Struktur der Dörfer und Kleinstädte bis in unsere Zeit hinterlassen hat.

Jüdischer Alltag in Oberaula und Umgebung zwischen Kaiserreich und Nazi Herrschaft

Oberaula war um 1920 ein Ort mit etwa 1500 Einwohnern, an der Durchgangsstraße von Ziegenhain nach Hersfeld gelegen, versehen mit einem Eisenbahnanschluß und als Marktflecken durch das Amtsgericht von einiger Bedeutung. Der Ort war kein Bauerndorf mehr, aber auch noch keine Kleinstadt. Die Randlage an der äußersten Ostgrenze des Kreises Ziegenhain und die Entfernungen zum Zentrum desselben, den Ortschaften Ziegenhain und Treysa, machten eine Identifikation mit dem Kreis für die Bewohner schwierig. So

ging ihre Orientierung schon immer eindeutig in östliche Richtung, in das nur wenige Kilometer entfernte Hersfeld.

Die christlichen Bewohner Oberaulas verdienten ihr Brot in der Landwirtschaft, dem Kleingewerbe, als Tagelöhner oder als Amtspersonen wie Richter, Gendarm, Forstmeister, Posthalter, Pfarrer oder Lehrer. Die jüdischen Bewohner waren seit mehreren Generationen fast ausschließlich im Vieh- und Manufakturwarenhandel tätig, der aus dem Handel mit Spezerei- und Kolonialwaren, dem Fell-, Feder-, Knochen- und Lumpenhandel, dem Leder- und Ellenwarenhandel sowie dem Handel mit Eisenwaren hervorgegangen war. Darüber hinaus gab es eine jüdische Gastwirtschaft und eine koschere Metzgerei. Die Ladengeschäfte waren klein, und der Hausierhandel, auch durch Angestellte, hatte große Bedeutung. Die Größe der jüdischen Gemeinde betrug in den zwanziger Jahren etwa 22 Familien.

Die jüdische Bevölkerung Oberaulas gehörte dem unteren Mittelstand an, man hatte sein Auskommen, aber größere Reichtümer wurden nicht angehäuft. Einzig zwei Familien waren finanziell besser gestellt.

Zu den Handelsgeschäften jedweder Art gehörten in Oberaula und der Region auch Geldgeschäfte, welche damit in Verbindung standen. Man ließ in den jüdischen Geschäften großzügig „anschreiben“. So brachten die Juden zum einen das dringend benötigte Bargeld in den ländlichen Tauschkreislauf, zum anderen zahlten sie ihre Ankäufe sofort³ in bar und räumten den Käufern darüber hinaus Teil- oder auch Vollkredite ein⁴. In der Regel zog man auf dem Land statt der Raiffeisenkassen den diskreten jüdischen Kreditgeber vor. „Für einen erfolgreichen Wucher blieb (jedoch) angesichts der Armut vieler kleiner Kreditnehmer wenig Raum“⁵ – dieser Ausspruch galt noch immer, denn die landwirtschaftliche Struktur der Umgebung war schlecht, die Böden mager und die Erträge gering.

Jüdische Kreditgeber waren noch zu Zahlungen bereit, wenn die Spar- und Darlehenskassen schon längst nichts mehr borgen wollten. Infolgedessen mußten sie auch häufiger ihre Kredite vor Gericht einklagen. Die Betroffenen und die übrigen dörflichen Beobachter suchten naturgemäß nach einem Schuldigen – und fanden ihn schnell im „Wucher“-Juden. So geschah es auch im Kreis Ziegenhain, wiewohl ein genaueres Studium der Archivalien nur wenige Fälle sogenannter Güterschlächtereie über die Jahrzehnte hinweg erkennen läßt, wobei der Ruin der ehemaligen Besitzer eher in deren Mißwirtschaft als in einer Übervorteilung durch den jüdischen Kreditgeber zu suchen ist. Jedoch gab es sicher auch „Fälle rücksichtslosen Geschäftsgebahrens“ im hiesigen Raum, welche „nicht verschwiegen werden“ dürfen⁶.

Der Anteil der jüdischen Bürger betrug im Kreis Ziegenhain etwa 3% – ein für preußische Verhältnisse vergleichsweise hoher Prozentsatz. Sie lebten in einer Umgebung, in der antijüdische Vorurteile über Jahrzehnte hinweg Tradition hatten und der politische Antisemitismus im Kaiserreich wahre Triumphe gefeiert hatte. Diese politische Grundhaltung bestimmte auch in der Weimarer Republik das Klima in der Region⁷.

Wenn städtische Juden auf der Straße Männer und Frauen, zu Hause aber Juden waren, welche ihr Deutschtum nach außen zeigten, während sie ihr Judentum privatisierten, so galt das für die Landjuden nicht⁸. Diese blieben immer Juden, welche in dem Mikrokosmos Dorf allgegenwärtig vorhanden waren und sich ihrer Identität als Außenseiter – und dies galt noch viel mehr für die trachttragenden Dörfer der Schwalm – jederzeit bewußt sein mußten.

Sie wurden im besten Fall geachtet, aber auch beachtet, beobachtet, und es wurde sehr genau registriert, welche Veränderungen sich in ihrer Gemeinschaft ergaben. Einzig ihr überzeugter Glaube verband sie mit den überzeugten Christen, so wie er sie aber auch gleichzeitig trennte. Diese Ambivalenz der gegenseitigen Haltung gilt vor allem für den im folgenden geschilderten offenen oder versteckten Antisemitismus. Jeder kannte „seinen“ guten Juden – und doch galten „die Juden“ wenig im Dorf.

Jüdischer Alltag war bis weit in unser Jahrhundert hinein gelebtes religiöses Leben. Die 613 Gebote der Thora waren die Achse, um die es sich drehte. Die Landjuden der Region waren deshalb bis zu den allgemeinen Auflösungserscheinungen der Gemeinden überwiegend als konservativ bis orthodox in ihrer Glaubensausübung einzustufen. Die Männer besuchten regelmäßig die Synagoge, man beging feierlich den Sabbat, die Kaschrut, d.h. die Speisegesetze, wurden streng eingehalten, auf den Dörfern trugen einige Frauen nach der Hochzeit sogar in den dreißiger Jahren noch den „Scheitel“, die religiös vorgeschriebene Perücke, und Mischehen waren unbekannt.

Juden und Christen lebten in einer Koexistenz, die bestenfalls durch gegenseitiges Respektieren unterschiedlicher Lebensformen gekennzeichnet war. Als kleine Ladenbesitzer, Kaufleute und Viehhändler paßten die jüdischen Landbewohner sich eher den Sitten und Gebräuchen des (klein)städtischen Bürgertums an als denen der Bauern und Handwerker ihrer dörflichen Umgebung.

Diese Trennung war vor allem durch die traditionelle religiöse Haltung bestimmt. Nach jüdischer Tradition setzt sich das Judentum aus den drei Elementen Erziehung, Gottesdienst und Wohltätigkeit zusammen. Das bedeutete für die Landjuden, daß ihr Alltagsleben und ihre Kontakte innerhalb der Dorfgemeinschaft von Religion und Kultus geregelt wurden. Ihr gesellschaftliches Leben war gleichzeitig ihr gelebtes religiöses Leben, bestimmt von den Geboten der Tora, „welche den Alltag der Juden zu einem fortgesetzten Gottesdienst machten“⁹ – und dies galt in der konservativen Welt der Landjuden Hessens in ganz besonderem Maße – was gelegentliche Brüche nicht ausschloß.

Private Kontakte fanden meist nur unter Glaubensgenossen statt. Öffentliche Kontakte mit christlichen Nachbarn waren nur dann ausgeprägter, wenn sich die jüdischen Bürger in Parteien (Neukirchen) oder Gemeindevertretungen (Oberaula) engagierten oder am Vereinsleben teilnahmen. Häufig war es allein der Handel, der die Juden mit den Christen außerhalb ihrer engen Nachbarschaft in Kontakt brachte.

Jüdische Familien verschlossen sich natürlich nicht der Lebensweise ihrer ländlichen Nachbarn, vor allem wenn sie mit Vieh handelten.

So wie bei den christlichen Familien war jede Arbeitskraft eingespannt und die Kinder mußten von frühester Jugend an mit zupacken. Doch über die notwendige Mithilfe wurde in jüdischen Häusern die geistige und religiöse Erziehung der Kinder nicht vernachlässigt. Bildung besaß – und dies nun ganz im Gegensatz zum christlichen Landmann – einen hohen Stellenwert, welcher sich auch im täglichen „Lernen“, der „Schul“, zu der jeder männliche Jude eigentlich verpflichtet war, bis an das Lebensende äußerte. Und selbst wenn das Bildungsziel der jüdischen Mädchen an ihrer Rolle als zukünftiger jüdischer Hausfrau ausgerichtet war, so hatten sie doch die Möglichkeit, höhere Schulen zu besuchen und – wenn sie es wollten und sich finanziell leisten

konnten – auch zu studieren, wie Marga Rothschild aus Oberaula – für christliche Frauen selbst der gehobenen Stände auf dem Lande noch lange eine Unmöglichkeit.

Christliche Landfrauen in den kleineren Orten hielten die jüdischen Frauen für die Avantgarde in Modefragen, da sie die Schnittmuster und Stoffe zu ihrer Kleidung aus der Stadt, d. h. aus Hersfeld oder gar Kassel bezogen. Noch heute erzählt ein Zeitzeuge von den jüdischen Nachbarinnen: „Sie waren immer nobel angezogen“¹⁰. Das mag seinen Grund auch darin haben, daß ihre Arbeit letztlich nicht in dem Maße von rauher Handarbeit geprägt war wie die der Handwerker- und Bauersfrauen, sondern eher städtisch-kaufmännische Strukturen hatte. Hinzu kam, daß durch die verwandtschaftlichen Beziehungen die Visitationskreise der Jüdinnen weitaus größer waren als jene der Landfrauen, welche meist in einem Umkreis von wenigen Kilometern geheiratet hatten und hier auch ihren familiären Radius hatten. Reisen - und dazu zählte beinahe schon die Fahrt von Oberaula nach Bad Hersfeld - tat man nur in der Not und nicht zum Vergnügen. Durch diesen erweiterten Horizont, ihre bessere Bildung und ihr auch religiös bedingtes anderes Selbstverständnis als Frau stachen jüdische Frauen aus dem dörflich-landstädtischen Kontext heraus.

Die Hauptlast der Beziehungsarbeit zu den Nachbarn und den übrigen Dorfbewohnern lag bei den Frauen. Da Arbeit und Entspannung auf dem Land oft ohne Grenze ineinander übergingen, hielt man bei der Gartenarbeit inne, um mit der Nachbarin ein Schwätzchen zu halten oder sich gegenseitig mit „Vergessenem“ auszuhelfen. Jüdische und christliche Frauen trafen sich aber überwiegend in der Öffentlichkeit, den jeweiligen privaten Bereich betraten sie meist nur zu formalen Anlässen¹¹. Dann besuchten sie einander jedoch ganz offiziell, um sich zu Geburten, Hochzeiten, Konfirmationen und Geburtstagen zu gratulieren. Die jüdischen Frauen merkten sich die Daten solcher Ereignisse und überbrachten Geschenke, manchmal begleitet von den Kindern, sehr selten nur vom Ehemann. Diese gegenseitigen Besuche waren so selbstverständlich, daß Emmy Moses aus Frielendorf im September 1933 öffentlich in der örtlichen Zeitung dementieren mußte, daß eine christliche Nachbarin aus Anlaß einer Familienfeier bei ihr mit einem Blumenstrauß zu einer Kaffeeeinladung erschienen sei¹².

Nachbarinnen halfen den jüdischen Familien, sofern diese keine Dienstboten hatten, ganz selbstverständlich als *Schabbesgoy* aus, als Zugehfrau für all die Verrichtungen, die am Sabbat mit Arbeit verbunden waren, welche Juden an diesem Tag streng verboten ist. Das konnte sich auf die Bedienung des Lichtschalters beschränken, auf das Einheizen der Öfen, konnte aber auch die Versorgung des Viehs oder anderweitige Arbeiten mit einschließen, Tätigkeiten, die z.T. von den Nachbarskindern gegen einen kleinen Obulus ausgeführt wurden und an die man sich bei den Zeitzeugengesprächen ausführlich erinnert.

Der Bereich der Freundschaften zwischen christlichen und jüdischen Nachbarn und Dorfbewohnern wurde schon in der Kindheit angelegt und bildete sich sowohl aus dem freundschaftlichen Umgang der Eltern miteinander als auch aus den gemeinsamen Schulbesuchen. Einschränkungen in den Kontakten zu nichtjüdischen Gleichaltrigen waren mit Sicherheit gegeben, wenn im Ort, wie beispielweise in Oberaula und Neukirchen eine eigene jüdische Schule existierte. Hier verbrachten die Kinder dann den Vormittag und naturgemäß auch die Freizeit zusammen. Da waren die Nachbarskinder

dann zwar auch beteiligt, aber eben nur „mit“beteiligt und oft in der Minderzahl.

Die Juden nahmen an den dörflichen Aktivitäten teil und waren in die dörfliche Lustbarkeiten wie Kirmes oder Pfingsttanz eingebunden, wobei auch „gemischt“ das Tanzbein geschwungen wurde. Man erinnert sich noch, daß von den jungen Juden auch gerne mal nach den christlichen Mädchen geschaut wurde, so wie von der Eleganz der jungen Jüdinnen, und hier für Oberaula vor allem von Marga Rothschild-Spiegel auch heute noch die Rede ist, die „so gar nicht jüdisch mit ihrem blonden Haar“¹³ ausgesehen hätte – was wiederum Rückschlüsse auf das verinnerlichte Bild vom „typischen Juden“ zuläßt. Am Kirmestag wurde in Oberaula auch vor jüdischen Häusern ein Ständchen gespielt – eine religiöse Melodie. Jüdische Bürger respektierten die christlichen Feste und die Kinder gingen während dieser Zeit bei den christlichen Nachbarn ein und aus. Und so wie die Christen zu Pessach von den jüdischen Bekannten Mazzen erhielten, revanchierte man sich von christlicher Seite aus zu Ostern mit Eiern. Jüdische Geschäftsleute wiesen in ihren Werbeanzeigen auf christliche Festtage hin und man bedachte christliche Nachbarn mit Glückwünschen zum Neuen Jahr¹⁴.

Man war also von jüdischer Seite den christlichen Feiern gegenüber aufgeschlossen und tolerant, und die Kinder hatten fast unbegrenzt Zutritt, nur an der Kirche resp. Synagoge schieden sich die Geister. So wie kein Jude jemals die christliche Kirche betreten hätte, kam auch kein Christ auf den Gedanken, jemals die Synagoge zu betreten. Doch die Neugier war da und so schlichen, wie es erzählt wurde, vor allem die Kinder immer wieder um die Synagoge herum, um etwas von dem fremden Tun in der unverständlichen Sprache mitzubekommen, und die Nachbarinnen hatten vor allem an den hohen Feiertagen immer dann etwas in den angrenzenden Gärten zu schaffen, wenn Gottesdienst abgehalten wurde. Mit Sicherheit hat aber keiner der christlichen Einwohner jemals im Familienkreis an einem jüdischen Fest teilgenommen, wenn man auch beispielsweise die Laubhütte der Nachbarn besichtigte und hinterher begutachtete.

Eine Ausnahme stellten nur die Beerdigungen dar. Hier gingen nach Aussagen von Zeitzeugen christliche Nachbarn aus Nachbarspflicht mit auf den jüdischen Friedhof und umgekehrt begleiteten auch die Juden ihre toten Nachbarn zum christlichen Friedhof.

Man pflegte einen engen Zusammenhalt unter den jüdischen Gemeindemitgliedern. Die Männer trafen sich in der Synagoge, und zu einem Trunk besuchte man in Oberaula das jüdische Gasthaus „Zur Stadt Cassel“. Dort war man unter sich, und nur selten verirrte sich ein Andersgläubiger in eine für ihn fremde Wirtschaft. Die Frauen trafen sich am Sabbatabend reihum wie die christlichen Strickkränzchen bei einem der weiblichen Gemeindemitglieder.

Der Tageslauf der Männer bestand im morgendlichen Gebet, was auch diejenigen regelmäßig verrichteten, welche sich bei christlichen Kunden aufhielten. Diese waren daran gewöhnt, daß ihre Geschäftsfreunde „Tefillin legten“, ebenso wie die Gastwirte, bei denen sie zwar nächtigten, jedoch meist ihre eigenen, koscheren Nahrungsmittel verspeisten. Die Viehhändler ernährten sich die Woche über häufig nur von Brot, Schafswurst und Kaffee. Der jüdische Händler mußte während seiner geschäftlichen Wanderungen einen Brücke schlagen zwischen seinen Verpflichtungen, die Speisegesetze treu zu

beachten, und der Notwendigkeit, mit den Bauern auf freundschaftlichem Fuß zu stehen“. Hierzu zählte auch, sich mit jenen in einer ihnen verständlichen Sprache, dem sogenannten Bauerndeutsch, zu verständigen, welches oft mit jiddischen Brocken durchsetzt war.

Häufig waren die Hausierer und Viehhändler die ganze Woche über in der Region unterwegs, und kehrten erst am Donnerstag spät abends oder gar erst am Freitagmorgen nach Hause zurück. Dann war es schon Zeit, mit den Vorbereitungen zum Sabbat zu beginnen, dem absoluten Höhepunkt jeder jüdischen Woche. Die Männer reinigten sich an diesem Tag, zwickten ihren Bart, denn kein gläubiger Jude rasierte sich, und zogen ihre besten Kleidungsstücke an. Bereits eine Stunde vor Sabbatanfang, d.h. dem Erscheinen des ersten Sterns am Freitagabend, spazierten die Männer in Oberaula, Breitenbach und den anderen Synagogenorten in Grüppchen durch die Dorfstraßen, und schon geraume Zeit vor Beginn des Gottesdienstes versammelte man sich im Hof der Synagoge, wo die Tagesereignisse besprochen und alles während der Woche Erlebte ausgetauscht wurde – all dies unter den aufmerksamen Augen der Nachbarn.

Die Frauen hatten donnerstags und freitags keinen ruhigen Tageslauf, sie waren mit den Vorbereitungen zur wöchentlichen Feier der „Königin Sabbat“ voll ausgelastet. Ihr Programm war hektisch und bedurfte eines genau eingespielten Vorgehens.

Das allwöchentliche kultische und kulinarische Ereignis des Sabbat, welches die Frauen opulent für die oft nur an diesem Tag anwesenden Männer, eventuelle Gäste und die dann endlich versammelte gesamte Familie gestalteten, erregte mit Sicherheit häufiger die Aufmerksamkeit wenn nicht gar den Neid der ärmeren christlichen Nachbarn. Besonders die Reichhaltigkeit des Mahles und vielleicht auch die fremden oder zumindest teuren Zutaten wie Zucker, Zimt, Muskat und andere fremdartige Dinge erregten die Mißgunst. Schon Bertold Auerbach befand: „Der Sabbat ist ein Abglanz aus Eden (...) und so erlebt man allwöchentlich einen Tag paradiesischen Jenseits“¹⁵. Die religiös vorgeschriebene Muße an diesem Tag stieß auf das Unverständnis der zu dieser Zeit schaffenden Umgebung. So ist es nicht verwunderlich, daß es gerade in Verbindung mit dem Sabbat immer wieder zu antisemitischen Sprüchen kam. Rudolf Moser schreibt dazu bereits 1828, und die bis in die Neuzeit hinein geäußerten Vorurteile hatten denselben Tenor: „Während sich der Württemberger mit gewiß sehr einfacher Kost nährt und dieselbe im Schweiß seines Angesichts mühevoll erringt, schwelgt der Jude im Wohlleben“¹⁶. Und dies schien um so verwerflicher, als der Jude sein Brot nicht im Schweiß seines Angesichts auf dem Acker verdiente, sondern „auf der Landstraße mit Hausier- und Viehhandel, also mit bloßem Geschwätz“¹⁷.

Ein ständiger Stachel war also jede Woche aufs Neue der Sabbat, jene Zeit der religiös vorgeschriebenen Muße. Noch heute berichten Zeitzeugen von ihrem damaligen Ärger, wenn sie als Jugendliche am Samstagnachmittag die Straße fegen oder anderweitige Vorbereitungen für den Sonntag treffen mußten, derweil die jüdischen Nachbarinnen und ihre Töchter mehr oder weniger demonstrativ das Nichtstun pflegten und am Samstagnachmittag aus dem Fenster schauten oder gar spazieren gingen. Neid und Mißgunst brechen bei einigen Zeitzeugen heute dabei noch durch, ohne daß ein Verständnis für den andersartigen religiösen Rhythmus aufscheint und ohne daß man sich der

dadurch gezeigten antisemitischen Ausfälle bewußt ist. „Die kriegten doch die Arbeit gemacht. Wir mußten arbeiten und die Juden gingen spazieren - die hatten's schön“¹⁸. Das verinnerlichte Vorurteil galt noch immer. „Man weiß und sieht es, wie viele Juden nie arbeiten, sondern nur spaziergehen, während der arme Landmann immer arbeitet. Dennoch werden die Juden reich und die Bauern arm“¹⁹.

Darüber hinaus begegnete man, wie in den Zeitzeugenberichten wiederholt erinnert wird, dem erzwungenermaßen langen Wochenende von Freitagabend bis zum Sonntag nach der Kirchgangszeit mit Unverständnis, auch wenn die Juden zu dieser langen Zeit der Ruhe seit dem frühen 19. Jahrhundert durch obrigkeitliche Erlasse gezwungen worden waren, um den Kirchgangsfrieden nicht mit eventuellem Handel zu entehren. Die Anzeigen in den Akten zu diesem Thema der „Feiertagsschändung“ sind Legion.

Die strenggläubigen Protestanten, oft sogar reformierten Bekenntnisses, hatten kein Verständnis für die sinnenfrohe und genußfreudige Gestaltung dieses Feiertages. Ihre sonntägliche Frömmigkeit war karger.

Es war nicht nur die Reichhaltigkeit des Mahles, welche die Dorfbewohner im besten Fall irritierte, es war der gesamte Aufwand, welcher jede Woche aufs Neue für einen einzigen Tag getrieben wurde, der, mit dem christlichen Sonntag verglichen, weitaus prächtiger als jener gefeiert wurde. Und „die Bedeutung der Nahrung und des Nahrungssymbolismus“ kann man in einer agrarisch strukturierten Umwelt gar nicht überschätzen“²⁰.

Es waren die weißen Tischtücher, das gute Geschirr, manchmal das Silber, und der Glanz der Kerzen, der Wein, das köstliche Hefeweißbrot und die verschiedenen Fleischsorten, all dies allenfalls bei bürgerlichen Hochzeiten oder bei Honorationen höheren Standes geschaut, im ländlich-bäuerlichen Rahmen jedenfalls nicht üblich.

Selbst wenn sich der Sabbat bei den armen jüdischen Familien in bescheidenerem Rahmen abspielte, so wurden doch auch hier weiße Tischdecken und Kerzenleuchter aufgedeckt und bei den Nahrungsmitteln nicht gespart - die Reste aß man dann eben die ganze Woche lang.

Man war freigebig an diesem besonderen Tag, und jüdische Gäste waren hochwillkommen, je ärmer sie waren, um so größer war die *mizwe*, gute Tat, die man vollbrachte, wenn man ihnen die Feier der „Königin Sabbat“ ermöglichte. Doch auch aus einem anderen Grund waren diese Durchreisenden gern an den Tafeln gesehen. Sie brachten Neuigkeiten ins Dorf, kannten den neuesten Klatsch und konnten so manches über das Leben in der Welt erzählen.

Einen besonderen Blick sollte man an dieser Stelle auf die Ausstattung jüdischer Küchen werfen, wie diese sich durch die religiösen Vorschriften ergaben. Während in den ländlichen Haushalten der Umgebung mit einer äußerst kargen Ausstattung häufig noch auf dem Ern oder dem Stubenofen gekocht wurde und die sogenannte „schwarze Küche“ eher der Futterzubereitung diente, nutzten jüdische Haushalte ihre Küchen ganz anders aus. Sie mußten jeden Gegenstand in zweifacher Ausfertigung haben, angefangen bei den Vorbereitungsplätzen über die Kochgerätschaften bis hin zum Geschirr, um die religiös vorgeschriebene Trennung zwischen milchigen und fleischigen Nahrungsmitteln einhalten zu können. Dies bedingte nicht nur einen erhöhten Platzbedarf, sondern stellte in den Augen der Christinnen mit Sicherheit einen unverständlichen Luxus dar – vor allem, wenn das Geschirr zu Pessach noch einmal ausgetauscht wurde, damit es den rituellen Reinheitsgeboten entsprach.

Viele Produkte kamen zuerst durch die jüdischen Händler in die Dörfer, und selbst Neuerungen im agrarischen Bereich wurden durch ihre Initiativen zu den Landleuten gebracht. In einem jüdischen Haushalt gab es - auch dort seinerzeit eine Ausnahme - die ersten Apfelsinen, als man sich in Oberaula und Umgebung noch mit sauren Äpfeln und trockenen Zwetschen begnügte, die ersten Sprotten, als der Hering im Mittelgebirge der einzige Seefisch war, den man kannte, und der Gemeindeälteste versuchte sich einst gar auf einem Hochrad, als der Bauer noch mit dem Kuhgespann fuhr und man ansonsten zu Fuß ging, allenfalls die Handwerker ihre Produkte mit Hundewagen transportierten. Dies galt in der Folge auch für so neumodische Errungenschaften wie das Telefon und das Automobil.

Für die Frauen war es üblich, im Geschäft des Mannes mitzuarbeiten. Sie verfügten allgemein über gute Geschäftskennntnisse und waren im Verkauf in den Ladengeschäften von Oberaula und Neukirchen tätig. Bei Hausierern vertraten sie den abwesenden Ehemann am Ort, und bei Großhändlern übernahmen sie meist die Korrespondenz.

In Verhalten und Lebensstil eilten sie dem christlichen Bürgertum vor allem in den Kleinstädten häufig voraus; dies läßt sich als Grundhaltung auch auf die Landjuden der Region übertragen. Allerdings ist dabei zu bedenken, daß, wie es Marion Kaplan ausdrückt, ein Vergleich zwischen dem Leben von städtischen Juden und Landjuden derselben Klasse und derselben Dekade den Eindruck einer Zeitverschiebung vermittelt, auch wenn sie in den Dörfern die Vorreiter der Moderne waren²¹. Wie überhaupt die Landbevölkerung sich noch in Lebensformen des 19. Jahrhunderts bewegte, die erst in den zwanziger und dreißiger Jahren sehr langsam aufgebrochen wurden, so verharrten auch die Landjuden trotz ihrer regelmäßigen Außenkontakte noch in Verhaltensmustern, welche sich an den Lebensformen des ausgehenden 19. Jahrhunderts orientierten. Sie akkulturierten sich an die sie umgebende Gesellschaft, assimilierten sich aber nicht und waren in dem Zwiespalt, einerseits ihrem Bedürfnis nach ethnischer Eigenart zu folgen und aus religiösen Gründen auch folgen zu müssen, andererseits waren sie aber auch von der Notwendigkeit einer Integration und guten Nachbarschaft überzeugt.

Das Kriegsende 1918 veränderte nicht nur in den Städten, sondern auch auf dem Land das Leben. Viele Männer waren im Weltkrieg getötet worden, darunter in Oberaula auch vier jüdische Bürger. Ihre Namen wurden auf den Kriegerdenkmälern ebenso verewigt wie die ihrer christlichen Nachbarn. Daß sie in späterer Zeit einmal mutwillig zerstört oder im besten Fall unsichtbar gemacht werden würden, konnte sich noch niemand vorstellen. In ungebrochen nationalem Hochgefühl war man auch auf jüdischer Seite stolz auf seine Kriegsauszeichnungen, die der Gefreite Hitler später so mißachten sollte.

So gab es selbstverständlich Juden bei der Feuerwehr, in den Geselligkeitsvereinen, bei den Kirmesburschen und in den Gemeindevertretungen, in Turnvereinen und im Fußballklub und vor allem in den Kriegervereinen. Ganz selbstverständlich hielt man in machen Landgemeinden Gedächtnisfeiern in der Synagoge für die Gefallenen und Veteranen ab. Zwar gab es vereinzelt immer wieder antisemitische Ausfälle in diesen Gruppierungen, jedoch waren diese weniger von „offizieller“ Meinung getragen wie noch zu Zeiten Max Liebermann von Sonnenbergs, des antisemitischen regionalen Reichstagsabgeordneten bis 1911, sondern eher durch persönliche Differenzen ausgelöst.

In den jüdischen Gemeinden der umliegenden Kleinstädte gab es ein reges Vereinsleben. So existierte in den meisten größeren Orten eine sog. *Chewra Kadischa*, eine Beerdigungsbruderschaft, welche für den rituell korrekten Ablauf der Beerdigungsfeierlichkeiten zu sorgen hatte. In Neukirchen war diese Organisation ein allgemeiner Wohltätigkeitsverein für Männer unter der Leitung des Lehrers Samuel Schaumberg und für Frauen unter der Leitung Johanna Nußbaums. Außerdem gab es in dieser Kleinstadt einen zwanzig Mitglieder umfassenden Jugendbund unter der Leitung Werner Nagels, welcher der SPD nahestand. Institutionalisierte Orte der Begegnung zwischen den Konfessionen waren Begräbnisse und patriotische Feiern.

Warnend schreibt jedoch Barbara Souchy dazu: „Aber deshalb darf der Historiker diese Erscheinungen nicht als harmonisches Einvernehmen bezeichnen, über das, gleichsam von oben, - die dämonische Macht des Nationalsozialismus' hereinbrach. Es war immer eine Kluft geblieben zwischen der Minderheit und der großen Mehrheit, denn die Mehrheit empfand die nie vollständige religiöse und kulturelle Anpassung der Juden immer als Verweigerung und Herausforderung, während sie aber durch den mehr oder weniger ausgeprägten Antisemitismus dafür sorgte, daß die Distanz zwischen ihr und den Juden aufrechterhalten wurde“²². Diese Ressentiments waren schon immer in Zeiten persönlicher oder allgemeiner Notlagen aufgebrochen, an denen „der Jud“, wie man allgemein bis zum Ende sagte, angeblich Schuld hatte.

Ein mißbilligende Blick galt in dem ländlich strukturierten Gebiet um Oberaula aber auch den landwirtschaftlichen Fähigkeiten der Juden. Wenn diese ihre Äckerchen für den Eigenbedarf bestellt hatten, spottete man über die „Juddefelder“, auf denen die Hocken angeblich krumm und schief gestanden hätten²³. Das berufliche Wertesystem der Bauern unterschied sich von dem der Juden, für die Grund und Boden kein ererbtes, schützenswertes Gut, sondern eine Handelsware war wie andere auch.

Daß es bei diesen Kinderkontakten bei Streitereien zu judenfeindlichen Äußerungen kam, sei hier nur am Rande erwähnt und sollte nicht überbewertet werden – wenn auch damit oft die häusliche Einstellung wiedergegeben wurde.

Jüdische Familien waren auch in Oberaula und Umgebung bestrebt, das, was bis 1933 mit dem Terminus „Deutsche Kultur“ bezeichnet wurde, zu besitzen, zu verkörpern und zu vermitteln, ohne dabei aber ihr Jüdischsein aufzugeben und ohne einen besonderen Assimilierungswillen um jeden Preis.

So statteten Landjuden ihre Töchter mit einem Klavier aus und ließen ihnen Stunden geben. „In den Augen der Dorfbewohner war es überhaupt nicht ungewöhnlich, daß ein Viehhändler ein Klavier besaß, damit seine Frau und Tochter darauf spielen konnten. Im Gegenteil war es genau die Art weiblicher Aktivitäten, die den Landjuden das Image eines (klein)bürgerlichen Lebens verlieh - das sie auch tatsächlich führten“²⁴.

Dieses Streben machte sich auch in der Möblierung ihrer Häuser bemerkbar. Äußerlich waren diese voll in den dörflichen Stil integriert und zum Teil schon seit dem letzten Jahrhundert im Familienbesitz. „Das Haus meiner Großmutter war ein fast typisches Bauernhaus, zu dem auch ein großer Bauerngarten mit Obstbäumen und Gemüsebeeten gehörte, nur daß es seit Großvaters Tod kein Vieh mehr außer einer Ziege, Gänsen, Enten und Hühnern gab“²⁵.

In ihrem Innern jedoch waren diese Häuser städtisch(er) eingerichtet als die der Handwerker oder bäuerlichen Nachbarn. Wenn auch die größeren Bauern bereits über eine „gute“ Stube verfügten, so wurde doch in der *Stubb* gelebt

und gearbeitet und erstere nur an hohen Feiertagen genutzt. Bei den jüdischen Familien hingegen gab es diese Trennung nicht, hier wurde im Wohnzimmer gewohnt und im Speisezimmer gegessen, ganz so wie in den besseren (klein)städtischen Familien. Bildung, Bücher, bürgerlicher Wandschmuck und die ersten technischen Neuerungen wie Telefon, Grammophon, das erste Auto oder Motorrad waren häufig zuerst bei den wohlhabenderen Juden vorhanden. Und während die Bauern Mägde hielten, arbeiteten bei den Juden christliche Haushaltshilfen, und man putzte weitaus mehr als bei den christlichen Nachbarn, bei denen die Landfrauen „für sowas“ meist keine Zeit hatten.

Von der „Machtergreifung“ bis zur Deportation

Mit dem 30. Januar 1933, der sogenannten Machtübernahme, änderte sich dieses scheinbar idyllische Leben in Kleinstadt und Dorf abrupt. Nun enthüllt sich eine andere Seite des Alltags, der nun seinen Schwerpunkt nicht mehr in der Erfüllung der weltlichen und religiösen Pflichten hatte, sondern von ganz anderen Problemen bestimmt wurde.

Von Anfang an war der Antisemitismus in Oberaula und Umgebung zu spüren, zuerst nur in schleichender Form, bald aber massiv und durch persönliche und materielle Angriffe gekennzeichnet.

Der Kreis Ziegenhain war schon früh eine Hochburg der „Bewegung“. Bereits 1930 erreichten die Nationalsozialisten nicht nur in vereinzelt Ortschaften mehr als 70% der Stimmen, so wie es dann bei der letzten freien Reichstagswahl am 6.11.1932 fast überall im Kreis der Fall war²⁶. Schließlich lag der Tod des Antisemiten Liebermann von Sonnenberg, der im Kreis wahre Triumphe gefeiert hatte, auch erst 20 Jahre zurück und gar mancher konnte seine über diese Zeit verdeckt gehaltene Gesinnung nahtlos wieder einbringen.

Die SA hatte schon früh regen Zulauf und brauchte sich nun nicht mehr zurückzuhalten. Braune Uniformen wurden auf den Dörfern zum gewohnten Anblick, und im zwischenmenschlichen Bereich machte sich gleichzeitig eine gewisse Zurückhaltung bemerkbar, die jedoch noch nicht zu den späteren Auswüchsen führte.

So erstaunt es nicht, daß bereits am 13. Januar 1933 die NSDAP bei einer Wahlversammlung – noch vor dem historischen Datum der „Machtübernahme“ – im benachbarten Schwarzenborn 21 Neuaufnahmen zu verzeichnen hatte – woraufhin man gleich einen Trupp SA gründete. Diese SA-Formationen waren im Kreis Ziegenhain nach außen hin das Symbol der neuen Herren, anderweitige Organisationen hatten längst nicht die Präsenz in den hiesigen Dörfern, so daß es nicht verwunderlich ist, wenn Angehöriger dieser gelegentlich auch als „braune Schlägertruppe“ bezeichneten Formation an fast allen Aktionen gegen jüdische Bürger beteiligt waren.

Der Kreis Ziegenhain war auch in den dreißiger Jahren immer noch überwiegend landwirtschaftlich geprägt, so daß sich hier die Verelendung weiter Bevölkerungsteile nicht ganz so gravierend bemerkbar machte wie in den Städten. Hingegen kam es von Seiten der Landwirte immer wieder zu Klagen über den Mangel an qualifizierten Arbeitskräften, was einen Grund in den häufig zu niedrigen Löhnen hatte, welche zum Unterhalt einer Familie nicht ausreichten. Im nachhinein galt jedoch die allgemeine wirtschaftliche Misere auch im Kreis Ziegenhain vielen als Entschuldigung, bereits früh einen „sicheren Halt“ und Protektion in SA und Partei gesucht zu haben.

Bereits im März 1933 kam es zu einem tiefgreifenden Eingriff in jüdisches Selbstverständnis, das in der Folge eine gravierende Änderung jüdischen Lebens erzwang. Mit Datum vom 19. März 1933 wurde vom Landrat des Kreises Ziegenhain ein allgemeines Verbot des Schächtens erlassen²⁷. Tiere durften nun nicht mehr auf religiös vorbestimmte Weise geschlachtet werden, indem ihnen vom dafür zuständigen *Schochet*, meist dem Lehrer, mit einem Streich zugleich die Halsschlagader und die Luftröhre durchschnitten wurden, um dem Körper möglichst viel Blut zu entziehen. Damit stand den jüdischen Bürgern und den jüdischen Metzgern im Kreis kein koscheres Fleisch mehr zur Verfügung - welches aber eine Grundbedingung für die koschere, d.h. rituell reine jüdische Küche darstellt. In der Folge konnte dieses für die Sabbatmahlzeit so unverzichtbare Lebensmittel nur noch unter Umwegen und großen Mühen erworben werden, da die streng koschere jüdische Küche auch nicht auf selbstgeschlachtetes Geflügel ausweichen konnte. Selbst diese Tiere mußten in orthodoxen Häusern von einem *Schochet*, der vor der Tötung der Tiere ein Gebet spricht, geschächtet werden.

Aus dem Jahre 1936 ist hierzu aus Burghaun (Kreis Hünfeld) die Aussage von Hanna Stern überliefert, welche sie in einem anderen Zusammenhang machte, auf den ich noch zurückkommen werde²⁸. Sie gab zu Protokoll: „Wir haben seit dem Schächt-Verbot nicht mehr geschlachtet. Auch haben wir seit dieser Zeit seltener Fleisch gegessen. Wir haben nur zum Sabbat Fleisch gekauft. An diesem Fleisch haben wir auch manchmal längere Zeit gegessen, wenn etwas davon über war. Das Fleisch, was wir bis jetzt gegessen haben, war stets geschächtet. Wir haben dieses geschächtete Fleisch mal in Fulda ... und mal von Beuthen aus schicken lassen. Zuletzt haben wir vorige Woche ein geschächtetes Hähnchen aus Fulda bezogen ... Von dem Schlachter Wetterhahn aus Rhina, der mein Schwager ist, haben wir nie Fleisch bezogen, weil er nicht koscher schlachtet“. Und ihre Bruder fügt in seiner Aussage hinsichtlich des Schächtens ergänzend dazu: „In letzter Zeit essen wir nur Geflügel“²⁹.

Dieser Landratserslaß hatte übrigens noch ein Nachspiel. So wurde im benachbarten Neukirchen ein Richter strafversetzt, der es wagte, noch im Mai 1933 dem *Schochet* von Ottrau Recht zu geben, als dieser gegen zwei SA-Männer Klage erhob, weil sie, ohne dazu befugt zu sein, sein Schächtmesser beschlagnahmt hatten³⁰.

An dieser Stelle scheint es angebracht, auf die verschiedenen Ebenen hinzuweisen, auf denen sich sowohl die offizielle Judenpolitik, hauptsächlich vertreten durch das Innen- und das Wirtschaftsministerium, als auch die Haltung und Tätigkeit der Gestapo, hier vertreten durch die Staatspolizeistelle Kassel, bewegten, sowie auf den „Druck der Straße“, der für den hiesigen Bereich durch die SA und auch durch einige HJ-Abteilungen verkörpert wurde. Thomas Klein schreibt dazu in bezug auf die Stapostelle Kassel: „Persönlich die bekannten, auch die grobschlächtigsten Ressentiments übernehmend und immer wieder artikulierend, stellte sie sich andererseits aus dem genannten Etatismus heraus, wie auch die Tagesmeldungen aufzeigen, mit ganz eindeutigen Verlautbarungen und Maßnahmen, also nicht etwa augenzwinkernd, allen eigenmächtigen, individuell zu verantwortenden Schikanen und Diskriminierungen von jüdischen Einwohnern entgegen“, stand also im „Widerspruch zwischen der Judenpolitik der Wirtschaftsministerien und der Bewegung“ eher auf Seite der ersteren³¹. Doch erfolgte „jener Widerspruch ... offenbar ebenso-

wenig ... aus grundsätzlichen Motiven, zugunsten einer liberalen Rechtsstaatlichkeit und Humanität, sondern vielmehr aus taktischen Überlieferungen und zugunsten einer Systematisierung in der Unterdrückung Andersdenkender und Andersrassiger³². Für den Bereich des Kreises Ziegenhain heißt das in der Folge, daß unautorisierte Übergriffe in der Regel verfolgt und auch verurteilt wurden³³. Grundsätzlich unterbinden konnten die offiziellen Stellen sie aber nicht.

Doch zurück zum Frühjahr 1933. Nur wenige Tage nach dem Schächtverbot wurden die Vorsitzenden mehrerer Israelitischer Gemeinden im Kreis gezwungen, noch vor dem organisierten Boykott gegen jüdische Geschäfte am 1. April 1933 mit Datum von 31. März Telegramme und Zeitungsanzeigen an die New York Herald Tribune aufzusetzen, in denen sie sich „als gute Deutsche ... gegen die Greuelpropaganda“ aussprechen mußten, die angeblich im Ausland verbreitet wurde³⁴.

Staatsfeind Nr. 1 war und blieb zu dieser Zeit noch die KPD, und so war es ein beliebtes Diffamierungsmittel, Juden in ihre Nähe zu rücken. Dies ging so weit, daß sich die Gebrüder Wallach aus Treysa genötigt sahen, in einer großformatigen Anzeige in der örtlichen Zeitung jegliche Verbindung mit den Kommunisten von sich zu weisen³⁵.

Die regionale Presse war zu dieser Zeit insofern noch zurückhaltend, als grob antisemitische Ausfälle nur aus weit entfernten Regionen, meist aus dem Ausland, notiert wurden. Eine Ausnahme bildete die Ziegenhainer Zeitung vom 6. September 1933, in der über einen Übergriff aus Treysa berichtet wurde, als SA-Männer einen Juden und seine Frau durch die Stadt „geleiten“, welcher ein Schild um den Hals tragen mußte, auf dem zu lesen war: „Ich wollte ein Christenmädchen schänden“³⁶. Inwieweit sich hier örtliche SA-Kräfte einen Vorfall gleicher Art als Beispiel nahmen, der sich nur wenige Tage vorher in Kassel zugetragen hatte und im Lagebericht der Staatspolizeistelle Kassel Erwähnung findet, sei dahingestellt³⁷.

Direkt auf Oberaula bezog sich zur gleichen Zeit ein Prozeß vor dem Landgericht Marburg, in welchem der Kaufmann Siegmund Rothschild wegen Urkundenfälschung, Betrug und Wucher angeklagt wurde. In dem entsprechenden Zeitungsartikel heißt es dazu: „Rothschild, der seit Juni des Jahres in Haft sitzt, ist Besitzer eines großen Baumaterialiengeschäfts und ging nach Aussage des Amtsgerichtsrates Hoffmann - der in seiner Zeugenaussage die Meinung der Bevölkerung des Amtsgerichtsbezirks Oberaula wiedergab - äußerst rigoros und rücksichtslos gegen seine Kundschaft vor So nutzte der Angeklagte mit Absicht die Unerfahrenheit und Not der kleinen Leute aus, um Geschäfte zu machen und zu gewissem Zeitpunkt die der Kundschaft um den Hals gelegte Schlinge zuzuziehen. Dabei lebte er in so guten Vermögensverhältnissen, daß er diese üblen Geschäftsmethoden gar nicht nötig gehabt hätte“³⁸.

Siegmund Rothschild wurde zu einem Jahr und drei Monaten Gefängnis und 1500 Mark Geldstrafe verurteilt - weit unter dem Antrag des Staatsanwaltes von vier Jahren. Die Untersuchungshaft wurde angerechnet und Siegmund Rothschild vorerst auf freien Fuß gesetzt³⁹.

Jener Kaufmann Siegmund Rothschild war damals der reichste Geschäftsmann in Oberaula. Sein Geschäft hatte sich aus einem Manufakturwarenladen, in dem mit Wäsche, Konfektion, Hüten, Schuhen, Haus- und Küchengeräten sowie Porzellan gehandelt wurde, zu einem Spezialgeschäft für Eisenwaren, Nähmaschinen und Baumaterialien entwickelt.

Zu der oben genannten Anklage, welcher mehrere finanzielle Engpässe von Kleinbauern vorausgegangen waren, hatte mit Sicherheit dazu beigetragen, daß gar mancher in den schlechten Zeiten die Gunst der Stunde nutzte, um seine Schulden zu verringern und „dem Juden“ nichts mehr zurückzuzahlen. Wenn niemand mehr geborgt hatte, so hatten die jüdischen Läden in Oberaula noch immer anschreiben lassen, wie sich Zeitzeugen erinnern. Die Anschuldigung des Wuchers gegen *den Jud* und die allgemeine Haftbarmachung derselben für jedweden, auch persönlichen, Mißstand hatte schon einmal gegen Ende des letzten Jahrhunderts Erfolg gehabt und lag im damaligen Klima recht nahe.

Ein jüdischer Bürger aus dem benachbarten Niederaula, der regelmäßig seine Großmutter in Oberaula besuchte, schreibt zu dieser Zeit: „Schon zu Beginn der Nazizeit war in Oberaula viel Antisemitismus zu spüren. So war jedenfalls aus den Gesprächen der Erwachsenen zu entnehmen. Obwohl im Beisein der Kinder nie von Politik und selten über Geschäftliches gesprochen wurde. Aber zerbrochene Fenster und Parolen an der Wand waren zu sehen. In das offene Geschäft an der Straße kam kaum noch jemand“⁴⁰.

Die geschilderte Stimmung im Dorf läßt sich auf alle anderen Ortschaften mit jüdischer Bevölkerung übertragen. Man machte sich schon sehr früh so seine Gedanken, zu ersten Anträgen auf Reisepässe kam es jedoch erst, nachdem auch das Jahr 1934 keine Änderung der Verhältnisse gebracht hatte. Bereits im ersten Viertel des Jahres mehrten sich die Ausschreitungen - immer wieder wurden Fensterscheiben oder Schaufenster eingeschlagen, kam es zu kleineren Pöbeleien. „Der Haß gegen die Juden ... nimmt immer mehr zu. Man hat nicht vergessen, daß das Judentum gerade in Kurhessen seit mehr als 100 Jahren eine maßgebende Rolle gespielt und die Bevölkerung in maßgebender Weise ausgeplündert hat“, steht im Bericht der Staatspolizeistelle Kassel, und man bemerkt weiter, „daß der Jude von Tag zu Tag frecher wird“⁴¹. Von Seiten der Juden wehrte man sich zu dieser Zeit noch gegen den Terror - immer in der Hoffnung, daß der braune Spuk schnell vorüber sei.

Die Bauern, welche sich infolge der Futtermittelknappheit im Sommer des Jahres 1934 zeitweise gezwungen sahen, ihr Vieh zu verkaufen, machten diese Geschäfte weiterhin mit den ihnen vertrauten Viehjuden. Deutsche Händler stellten wegen des ihnen nicht zur Verfügung stehenden guten Verteilernetzes keine Konkurrenz dar. Das veranlaßte die Stapostelle Kassel zu der bissigen Bemerkung: „Man wartet jetzt nur noch darauf, daß die jüdischen Vieh- (, Futtermittel und Getreide)Händler noch in den Reichsnährstand aufgenommen werden“ - eine Befürchtung, die tatsächlich im August 1934 in Erfüllung ging⁴².

Zwar gab man seitens der berichtenden Landräte und der Stapo Kassel zu, daß die antijüdischen Ausschreitungen teilweise durch Konkurrenten provoziert worden waren, konnte aber andererseits die Diskrepanz zwischen der judenfeindlichen Haltung der „Bewegung“ und der nüchtern-pragmatischen Haltung des Reichswirtschaftsministeriums in bezug auf die Behandlung der Juden nicht verstehen. Das Klima in der Bevölkerung und besonders in der SA sei gereizt, wenn es sich aber in Übergriffen Luft mache, werde man zur Rechenschaft gezogen. Der einfache Kämpfer würde dies nicht verstehen⁴³.

Diese Ambivalenz zum Zeitgeschehen war aber nicht nur bei den Parteimitgliedern anzutreffen, sondern sie zeigte sich auch bei den Juden. Diese ahnten einerseits schon und merkten es auch bald persönlich handfest, daß ihre

Situation im Dorf sich verändert hatte, da öffentliche Kontakte mit Nachbarn von diesen vermieden wurden. Andererseits konnten sie außerhalb der Dorföffentlichkeit aber weiterhin ihrem Beruf als Hausierer oder Viehhändler bis auf weiteres nachgehen, wobei ihnen von ihren langjährigen Kunden vorerst nur selten die Tür gewiesen wurde.

So ist auch in der allgemeinen Verunsicherung der Bericht an die Stapostelle Kassel vom April 1934 zu verstehen, in welchem der stellvertretende Landrat sein Unverständnis darüber äußerte, daß in jüdischen Geschäften im benachbarten Neukirchen Plaketten des „Winterhilfswerks des deutschen Volkes“ ausgehängt wären. Darüber hinaus hatte die jüdische Firma Spier an die Adolf-Hitler-Spende für die Deutsche Wirtschaft zum Entsetzen des Landrates 36 Mark gespendet. Der zuständige SA-Sturmführer ließ die Plaketten entfernen. Man solle doch wenigstens darauf verzichten, „Juden zu einem Werk heranzuziehen, das ausschließlich ein Gedankengut des Nationalsozialismus darstellt“, oder auf die jüdische Bevölkerung „in geeigneter Weise einwirken, von der Zurschaustellung nationalsozialistischer Plaketten abzusehen“.

Es würde heutiger Interpretation entsprechen, hierin eine besondere Art der Ironie gegen das Regime zu sehen - vielmehr muß man aus damaliger Sicht eher an eine Zurschaustellung des „guten“ Deutschtums und des „guten Willens“ denken, gepaart mit der Hoffnung, das darniederliegende Geschäft dadurch wieder anzukurbeln. Man war es von jüdischer Seite aus gewöhnt, dezidiert auf christliche Feiertage hinzuweisen, warum sollte man also nicht auch die aus damaliger Sicht „unpolitischen“ Winterhilfswerkplaketten, die ja einem „guten Zweck“ dienten, als Werbung nutzen.

Auf die Schwierigkeit, für das Selbstverständnis des Nationalsozialismus kontroverse Dinge miteinander in Einklang zu bringen, weist auch eine Bemerkung aus dem Mai 1935 hin: „Im Kreise Ziegenhain, wo von den Bauern die Schwälmer Tracht getragen wird, befindet sich der Handel dieser Trachtenstoffe und -bänder fast ausschließlich in Händen der Juden in Treysa, Ziegenhain und Neukirchen. Es ist bedauerlich, daß gerade der Jude mit der Pflege Deutsche Brauchtums und heimatlicher Volkstrachten seine Geschäfte macht“⁴⁴.

Andere hatten diese Hoffnung auf ein schnelles Ende der braunen Machthaber nicht und „damals wurde schon viel von Auswanderung oder Abwanderung in größere Städte gesprochen. Meine Eltern bekamen Berichte, wer wohin weggegangen sei“, schreibt ein ehemaliger Bürger aus dem benachbarten Niederaula⁴⁵. Man machte sich auf jüdischer Seite, bedrängt durch die täglichen Schikanen, so seine Gedanken, wenn man den Ernst der Lage jedoch noch nicht voll erkannte oder erkennen wollte.

Die „Ergebnisse der Volksabstimmung über das Gesetz über das Staatsoberhaupt des Deutschen Reiches am 19.8.1934 für die Regierungsbezirke Kassel und Wiesbaden“, in denen der protestantische Kreis Ziegenhain die höchste Anzahl an Ja-Stimmen erreichte, haben wohl mit dazu beigetragen. Der Landrat berichtete stolz: „An der Abstimmung am 19. haben sich die Juden fast restlos beteiligt und zum größten Teil öffentlich abgestimmt. Der Kreis erreichte 99,64 % Ja-Stimmen und dürfte ... an erster Stelle im ganzen Deutschen Reich stehen“⁴⁶. Erläuternd heißt es dazu im Lagebericht an die Stapo Kassel: „Bei der Wahl am 19.8.1934 haben die Juden in den größeren Städten und auf Grund von Wahlscheinen mit Nein oder ungültig abgestimmt oder sie haben sich überhaupt nicht an der Abstimmung beteiligt. In den kleineren Städten und auf dem Lande hat ein erheblicher Teil der Judenschaft mit Ja gestimmt, was

ohne weiteres aus ihrer starken Beteiligung an der Wahl und den wenigen abgegebenen Nein-Stimmen ersichtlich war. Hier entspringen die Ja-Stimmen der jüdischen Angst und nebenher dem Zweck, ihre Stellung dem deutschen Volke gegenüber zu festigen“⁴⁷. Welch ein Druck muß da schon auf den jüdischen Nachbarn gelastet haben!

In diesen belastenden Zeiten galt es, einen engen Zusammenhalt zu pflegen und auch öffentlich zu zeigen. So erklärt sich der Stapobericht aus dem September 1934: „In den jüdischen Gottesdiensten anlässlich des jüdischen Neujahrstages ist überall auf das neue Selbstbewußtsein und Zusammengehörigkeitsgefühl der Juden hingewiesen worden. Das Gottesgericht, das über die Judenschaft gegangen sei, habe ihr Kraft und Lebenswürde zurückgegeben“⁴⁸.

Noch wurde man also nicht in seiner Glaubensausübung behindert - vielleicht fürchtete man hier auch den Widerstand gläubiger Christen, welche noch nicht auf die Linie des Reichsbischofs Müller eingeschwenkt waren, denn die Schikanierung der Juden im täglichen Leben war eine Sache, die Behinderung der Glaubensausübung aber eine andere.

Die Männer der jüdischen Gemeinden gingen also weiterhin in die Synagogen und man beging weiterhin den Sabbat auf festliche Art - wenn auch noch diskreter und zurückgezogener als sonst. So feierte man auch 1934 in Oberaula das Laubhüttenfest, hatte vielleicht sogar wie immer im Hof eine Hütte aus Brettern und Zweigen gebauten, aber über allem lag schon eine gedrückte Stimmung, welche die Tage um das Neujahrsfest herum bereits schwer gemacht hatte - die rechte Festfreude wollte nicht mehr aufkommen. Man dachte daran, das Vaterland zu verlassen.

Jüdische Auswanderung wurde von Seiten der Nazis in der Frühzeit in gewisser Weise gefördert, denn der Reichsminister für Finanzen (RMF) teilt mit Datum vom 26. Juli 1933 mit: „Die Auswanderung von Personen jüdischer Abstammung ist erwünscht ...“, wozu allerdings der entlarvende Zusatz gehört: „...von leistungsfähigen Personen (ist) die Reichsfluchtsteuer zu erheben“⁴⁹. Die Runderlasse der Reichsstelle für Devisen sprechen denn auch eine deutliche Sprache hinsichtlich der finanziellen Ausstattung der Auswanderer, wie die folgende erweiternde Mitteilung vom 28. August 1933 über die Devisenbestimmungen für Auswanderer nach Palästina, welche allein aufgrund der darin aufgeführten Höhe des Summen, z.B. 1000 englische Pfund Vorzeigegeld und angenommene 15.000 RM zur Gründung einer Existenz in Palästina, abschreckend wirkte⁵⁰. Die Förderung bezog sich letztlich auf die bloße Gestattung und Erteilung eines Reisepasses, denn diese hohe Devisensumme erhielt für das Einwanderungszertifikat auch nur ein Mitglied einer Familie⁵¹.

Als erste Bürger Oberaulas beantragten Siegmund Rothschild und seine beiden Töchter im Herbst 1934 Reisepässe nach Palästina, wohl gleich nach der Entlassung des Vaters aus der Haft. Marga Rothschild, welche inzwischen die Familiengeschäfte weitergeführt hatte, da sie in Marburg von der Universität gewiesen worden war, wurde in dieser Zeit, nachdem sie Schulden bei einer Familie angemahnt hatte, unter Trommelwirbel von der SA durch das Dorf geführt. Sie mußte dabei ein Schild mit der Aufschrift „Diese Jüdin beleidigt eine deutsche Familie“ um den Hals tragen⁵².

Die Schikanen gegen die Familie Rothschild nahmen kein Ende, weshalb die Mutter Cilly Rothschild im Jahre 1937 mit nur 49 Jahren an „Herzschlag“ infolge der andauernden Aufregungen und Demütigungen starb. Dieser Todesfall und die inzwischen erfolgte Verheiratung von Marga Rothschild mit dem

Pferdehändler Spiegel führte zu einem Verlassen Oberaulas. Man ging nach Ahlen in Westfalen, von wo aus noch vor der Pogromnacht im November 1938 Siegmund Rothschild nach Oranienburg-Sachsenhausen verschleppt wurde. Hier starb er innerhalb von vier Wochen am 12. Juli 1938 an „inneren Verblutungen“. Als besondere Vergünstigung wurde seiner Tochter, selbstverständlich gegen Erstattung der Kosten, die Leiche in einem Bleisarg zugestellt. Die Familie tauchte 1941 unter und überlebte Dank der Hilfe westfälischer Bauern⁵³. Später schrieb Marga Rothschild-Spiegel an Freunde in Erinnerung an diese Zeit: „Eigentlich hasse und verachte ich den Ort. Aber Oberaula ist ein unschuldiges Dorf. Es ist nicht verantwortlich für die Menschen, die es in seinen Häusern, unter dem Schutz seiner Wälder, Berge und Auen birgt“.

Die Gefühle, die in diesem Satz durchklingen, entsprechen denen, die Alfred Wallach seit 1968 immer wieder mit verschiedenen Familienmitgliedern nach Oberaula zu Besuchen führten, in denen er *mei Hollebach* wieder und wieder beschwor. Es ist nicht an uns, sie zu analysieren.

Betrachtet man anlässlich all der Vorfälle die Zahl der jüdischen Gemeindeglieder, so machen sich für den Zeitraum bis 1935 schon eindeutige Veränderungen bemerkbar. 1905 gab es 90 jüdische Gemeindeglieder, 1921 betrug die Zahl der Familienvorstände inklusive der Alleinstehenden 24, 1932-33 waren 91 Juden in Oberaula ansässig. Bis 1935 sank diese Zahl jedoch bereits auf 16 Familien mit 65 Mitgliedern, was aber immer noch gut 10% der zu dieser Zeit im gesamten Kreis lebenden Juden bedeutete⁵⁴.

Palästina war in den ersten Anträgen das Ziel der Wahl, häufig verbunden mit dem Hinweis auf eine Geschäftsreise, um die hohen „Vorzeigegelder“ zu umgehen. Man wollte wohl auch erst einmal das Terrain erkunden⁵⁵, bevor man alle Brücken hinter sich abbrach, denn zu dieser Zeit war eine Rückkehr noch möglich, wie Beispiele aus der Region belegen⁵⁶. Später wurde sie massiv geahndet.

Zum einen war die zionistische Bewegung im Kreis Ziegenhain nicht allzu aktiv gewesen, wenn man ihre Aktivitäten auch mit Interesse verfolgte, zum anderen hatten nur wenige so großherzige christliche Freunde wie Schmuël Levi aus Neukirchen, der mit seiner Schwester bei einem christlichen Landwirt im benachbarten Riebelsdorf eine landwirtschaftliche Kurzausbildung machen konnte. Diese Großherzigkeit hatte für diesen Helfer in der Not nicht nur schwerwiegende finanzielle Verluste zur Folge, ohne daß jemals ein Wort darüber verloren wurde, sondern auch noch jahrelange Bedrohungen seitens der örtlichen Parteileitung, wie sein Sohn erzählt. Schmuël Levis Eltern waren übrigens die ersten, welche aus Neukirchen nach Palästina auswanderten⁵⁷.

Zwar gab es späterhin im Kreis „echte“ Chaluzim-Ausbildungsstätten, so u.a. in Gilserberg⁵⁸, aber aus Oberaula beispielsweise wurde diese Chance von niemandem genutzt. Man war in jüdischen Kreisen der Landwirtschaft im allgemein nicht sehr zugetan, denn die wenigen eigenen Felder, die man besaß, dienten nur der Selbstversorgung und waren kaum als „Landwirtschaft“ zu bezeichnen. Dies war eine Entwicklung, die allerdings schon immer vorgeherrscht hatte, und die wenigen jüdischen Betriebe, die sich im Kreis Ziegenhain auch offiziell als Landwirte bezeichneten, verfügten über Hektarzahlen, die nur knapp ein Auskommen gestatteten.

Gedalyah Nigal schreibt über diese Zeit in seinen Erinnerungen: „Zertifikate bekamen nur junge Menschen - Chaluzim, die das Land in der Landwirt-

schaft aufbauen konnten“⁵⁹. Er selber konnte als Kind dank der Voraussicht seiner Eltern mit einem der Kindertransporte nach *Erez Israel* aus Frankfurt, wohin man ihn geschickt hatte, gerettet werden. Doch obwohl er aus einem politisch interessierten, der SPD nahestehenden Elternhaus kam und sein Vater als Leiter des jüdischen Jugendbundes in Neukirchen den dortigen Juden immer wieder die zionistischen Ideen erklärt hatte, konnte Werner Nagel selbst sich erst nach der Haft in Buchenwald überwinden, sein „Vaterland“ zu verlassen und eine Auswanderung tatsächlich in Erwägung zu ziehen - doch da war es schon zu spät.

„... meine Eltern waren nicht mehr jung und mein Vater auch körperlich behindert ... er wäre sogar in den Dschungel gegangen, um aus Deutschland zu kommen. Er fing an, Spanisch zu lernen, und da er sprachlich sehr begabt war, baten ihn die Juden aus Oberaula und Niederaula, ihnen auch spanischen Unterricht zu geben“⁶⁰.

Zumindest für den Bereich Neukirchen scheinen zu diesem Zeitpunkt die Anträge auf Ausstellung von Reisepässen auch schnell bearbeitet worden zu sein. So erhält Johanna Grünebaum am 21. Januar 1936 zwecks einer Auswanderungserkundigung, d.h. einer Reise nach Palästina, für 50 Mark Devisen und wohl auch einen Reisepaß, denn sie heiratet dort gleich und wird bereits am 14. April 1936 in Palästina eingebürgert. Julius Nußbaum stellt seinen Antrag am 10. Juli 1936 und emigriert am 29. Dezember 1936 nach New York. Seine Mutter(?) Johanna erhält am 10. Dezember einen Paß für Belgien, nutzt diesen jedoch nicht für eine Auswanderung. Sie bleibt vorerst in Neukirchen, verzieht später nach Frankfurt und wird von dort aus nach Auschwitz deportiert. Pässe wurden infamerweise seit November 1935 nur noch für die Dauer von sechs Monaten ausgestellt. Ab November 1938 galten alle Reisepässe dann als ungültig, in die nicht ein großes rotes J = Jude eingestempelt worden war.

Die Situation eskalierte seit Beginn des Jahres 1935 auch auf den Dörfern immer mehr.

Im Februar des Jahres wurde vom Landrat der zuständigen Stapostelle Kassel mitgeteilt, daß man elf SA-Leute und Parteigenossen aus Oberaula festgenommen habe, welche seit längerer Zeit wiederholt bei den im selben Ort ansässigen Händlern Rothschild und Rosenberg eingebrochen und diverse Gegenstände entwendet hätten. Diese wurden „sofort aus der SA bzw. der Partei entfernt“⁶¹. Bei den darauffolgenden Haussuchungen wurden die entwendeten Gegenstände auch teilweise gefunden. Von Interesse ist in der Folge das Verhalten der verschiedenen beteiligten Dienststellen sowie die „Entschuldigung“ der Angeklagten.

Die Vernehmung derselben wurde zuerst an einem Sonntag im Amtsgericht Oberaula durchgeführt. „Gegen Abend zog nun eine große Volksmenge vor das Amtsgericht und verlangte die Freigabe der Beschuldigten. Da nach Ansicht des Amtsrichters eine Verdunklungsgefahr nicht vorlag, fand eine Inhaftnahme der Personen nicht statt“⁶². Diese wurden nach Hause entlassen. „Weil die Bevölkerung auch gegen die bestohlenen Juden eine drohende Haltung einnahm, wurden diese (!) von mir veranlaßt, Oberaula zu verlassen. Diesem Rat sind sie auch nachgekommen“⁶³. Nicht der Täter ist also schuld, sondern das Opfer.

Die Täter wurden in der Folge nach Marburg überstellt, „um der Bevölkerung nicht zu neuen Unbesonnenheiten Anlaß zu geben“⁶⁴. Sehr schnell fand eine Sondersitzung des Schöffengerichtes statt, auf der die Täter ihre Taten

damit entschuldigend, „daß sie nicht etwa aus gewinnsüchtigen Motiven heraus, sondern aus Erregung über die Juden gehandelt hätten. Nicht nur in Oberaula, sondern in der ganzen Umgebung des Ortes sei man schon seit längerer Zeit über die beiden jüdischen Händler deswegen erbittert, weil diese vor der Machtübernahme durch den Nationalsozialismus die Bauern und kleinen Leute in dortiger Gegend bei jeder Gelegenheit übervorteilten, ihnen gegen hohe Zinsen Geld borgten und dann ihre Forderungen in rücksichtsloser Weise betrieben. Mehrere Anwesen wurden von den Juden zwangsversteigert und zwei Einwohner, die sich mit ihnen in Geschäfte eingelassen hatten, in ihrer Not zum Selbstmord veranlaßt“, wie die Regionalpresse schrieb⁶⁵.

Während der Staatsanwalt darauf hinwies, „daß diese Art Selbstjustiz nach dem Willen des Führers im heutigen Staat nicht gutgeheißen werden könne“ und damit ganz auf der offiziellen Linie lag, neigte das Gericht eher der „Volksmeinung“ zu und sprach von den „besonderen Umständen, unter denen die Einbruchdiebstähle zustande kamen“. Dementsprechend mild fielen auch die Verurteilungen aus: zwei Wochen bis vier Monate unter Anrechnung der Untersuchungshaft. „Gegen vier Angeklagte wurde das Verfahren auf Grund des Straffreiheitsgesetzes eingestellt“⁶⁶ – in Ziegenhain starb zu dieser Zeit der erste Jude nach Mißhandlungen⁶⁷.

Inzwischen waren im gesamten Umkreis von Oberaula wie überall im Reich mehr und mehr judenfeindliche Schilder an Hauswänden, Zäunen, Gasthäusern und Ortseingängen angebracht worden, so auch in Oberaula. Im Oktober 1934 hieß es dazu bereits aus Kassel, daß man zwar bisher seitens der Staatspolizeistelle immer dagegen eingeschritten sei, um der Auslandspropaganda kein Material zu liefern, nun aber auf Veranlassung von Parteidienststellen so viele Schilder aufgestellt worden seien, daß man nicht mehr einschreite⁶⁸. In Vorbereitung der Olympiade bestand der Preußische Minister des Inneren mit Datum vom 11. Juni 1935 jedoch darauf, diese diffamierenden Schilder unauffällig (!) von den Hauptverkehrsstraßen zu entfernen⁶⁹.

Auch hier spiegelt sich die Ambivalenz der Staatspolizeistelle Kassel wider hinsichtlich des „Reichswohls“ einerseits und der Stimmung in der Bevölkerung andererseits. Diese mochte man nicht aufbringen, vor allem, da „die Erziehung der Bauern zu Nationalsozialisten nur sehr langsame Fortschritte macht“ und „viele Bauern noch in lebhaftem Geschäftsverkehr mit Juden stehen“⁷⁰. Nur wenige Ortschaften waren so „fortschrittlich“ wie Steina, wo die „örtlichen Volksgenossen ein gesundes völkisches Empfinden“ zeigten, indem sie „dem letzten noch hier ein- und ausgehenden Handelsjuden die Türe wiesen. Steina ist also jetzt auch von Juden frei“⁷¹.

Die Hetze der Parteiführer setzte nicht nur die jüdische Bevölkerung unter immer stärkeren Druck, auch die Landwirte, welche weiterhin ihre Geschäftsbeziehungen mit den Viehhändlern aufrechterhielten, waren massiven Drohungen ausgesetzt, die sich nicht nur in finanziellen Einbußen wie in dem weiter oben geschilderten Beispiel äußerten. Mehr und mehr waren sie mit Gewaltandrohungen gepaart wie in Gebersdorf, wo es zu einem größeren Menschaufmarsch vor der Hause des Landwirtes F.K. kam, „der gegen den betreffenden Bauern eine bedrohliche Haltung einzunehmen versuchte“. Zu seiner eigenen Sicherheit mußte der „Unbelehrbare“ vorübergehend in Polizeigewahrsam genommen werden⁷².

Schutzhaft war ein so häufig angewandtes Druckmittel sowohl gegen Juden als auch gegen Andersdenkende, daß sich die Staatspolizeistelle Kassel bereits

im Mai 1934 genötigt sah, die Ortspolizeibehörden angesichts der wachsenden Zahl von Schutzhäftlingen um Prüfung zu bitten, „ob der beabsichtigte Zweck nicht durch andere polizeiliche Maßnahmen ... erreicht werden kann. Auch ist es angebracht, bei belangloseren Fällen zunächst eine Verwarnung zu erteilen...“⁷³.

Zu Beginn des Jahres 1936 kam es zu folgendem Zwischenfall, welcher zusammen mit dem oben geschilderten das damalige Klima der Mißgunst, des Mißtrauens und, wie im obigen Fall, der Verharmlosung „völkischer“ Straftaten belegt. Im Februar 1936 berichtete der Ziegenhainer Landrat von einem Geschäft – es handelte sich um Eis von Gemeindeteich im Wert von 20,- RM – zwischen einem Juden aus Merzhausen⁷⁴ und dem Bürgermeister des benachbarten Ortes. Mit beteiligt waren der Erbhofbauer J. H. des Nachbardorfes Leimbach⁷⁵ und der Gutspächter S. des Dorfes Willingshausen⁷⁶, welche das Eis abfuhrten, worüber laut Landrat „der größte Teil der Bevölkerung stark aufgebracht“ war. „Noch mehr stieg die Erregung der Bevölkerung, als bekannt wurde, daß der Jude S. die Arbeiter zu einem Schmaus in seine Wohnung einlud. Bei den Arbeitern, die dem Juden Handlangerdienste taten, handelte es sich in der Hauptsache um frühere SPD- und KPD-Mitglieder. Es ist hieraus zu ersehen, daß immer wieder ein gewisser Zusammenhang besteht zwischen Juden und früheren SPD- und KPD-Männern. Der Gutspächter S. war früher Stahlhelmer und ist heute in jeder Beziehung grundsätzlich gegen den Staat eingestellt. Bis dato konnte er nicht dazu bewegt werden, den Heil-Hitler-Gruß zu erwidern.“ Der Landrat schloß seinen Bericht: „Es ist tatsächlich so, daß heute schon bedeutend mehr Juden auf dem Land angetroffen werden als vor 1 Jahr. Auch sind diese nicht mehr so ängstlich. Bei jeder kleinen Belästigung stellen sie Strafantrag usw. Die Frechheit und Unverschämtheit dieser Menschen ist noch immer dieselbe geblieben“⁷⁷.

Die Juden waren also in den Augen der Machthaber noch immer zu sehr in ihre Umgebung eingebunden, als daß sie alle Demütigungen anstandslos ohne Gegenwehr über sich hätten ergehen lassen. Man konnte ihrerseits verständlicherweise nur ein bestimmtes Maß an Unverschämtheit und Unverfrorenheit ertragen, bevor man sich wehrte. So fällt denn auch der folgende Vorfall aus Oberaula in diese Kategorie, in der sich alteingesessene Bürger, deren Familien seit mehr als 250 Jahren in Oberaula lebten, gegen die Unverschämtheit eines 13jährigen Lümmels wehrten: „Am 14. August (1935) wurde (hier)... ein 13jähriger Junge von dem Juden⁷⁸ Theodor Wallach ... geschlagen, weil er ein Plakat (wahrscheinlich eine Schmähchrift, B.G.) an der Synagoge befestigt haben sollte. Der Auszügler Schneider ..., der dem Jungen zu Hilfe kam, wurde ebenfalls von dem Juden Wallach tätlich angegriffen. In Gesellschaft des Wallach befand sich sein Neffe, Jude Rosenberg.“

Über den Vorfall war in der Bevölkerung große Erregung entstanden. „Rosenberg und seine Schwester Toni wurden zu ihrem eigenen Schutz für einige Stunden in Polizeihaft genommen. Wallach ist flüchtig. Gegen Wallach ist Strafantrag wegen Körperverletzung gestellt worden“⁷⁹.

Nun, nach diesem Vorfall, waren wohl doch einige Juden in Oberaula aufgewacht und zum endgültigen Verlassen des Landes, welches ihnen keine Heimat mehr sein wollte, bereit. Toni Rosenberg beantragte mit Datum vom 7. Januar 1936 einen Reisepaß für Palästina und wanderte am 27. April 1938 in die USA aus. Über den Verbleib ihrer Brüder Bertold und Theodor ist nichts

bekannt. Theodor Wallach allerdings floh erst am 6. Dezember 1939 mit seiner Familie nach Palästina⁸⁰. Er hatte sich zu Beginn der Nazidiktatur noch sicher gefühlt, schließlich war ihm noch im Dezember 1934 „im Namen des Führers und Reichskanzlers“ das „Ehrenkreuz für Frontkämpfer 1914-18“ verliehen worden. Seine von seinen Söhnen bezeugte patriotische und deutschnationale Haltung hatte ihn wohl bis zum Novemberpogrom noch immer hoffen lassen. Über den Ausgang des o. g. Vorfalles finden sich in den erhaltenen Akten keine Hinweise.

Der Gedanke an Auswanderung war schon wiederholt in den jüdischen Familien diskutiert worden, doch zum einen wollte man nicht so sang- und klanglos sein Deutschtum aufgeben, das als so selbstverständlich empfunden wurde, daß ein Zweifel daran nur Erstaunen auslöste. Es bedurfte daher zum Teil massiver Bedrohung wie die auf die Pogromnacht folgende Lagerhaft, überwiegend in Buchenwald, ehe man sich auch innerlich zu einem Verlassen Deutschlands durchgerungen hatte. Zum anderen war es eine finanzielle Frage, ob man überhaupt auswandern konnte. Der damalige Mandatsstaat Palästina war nur an jungen, möglichst landwirtschaftlich ausgebildeten *Chaluzim* zum Aufbau eines neuen jüdischen Staates interessiert und die anderen Staaten schlossen, wie wir wissen, sehr schnell ihre Grenzen und ließen nur eine kleine Anzahl von Juden herein. Doch nicht nur ein Visum oder gar ein Affidavit wurden benötigt, auch die finanzielle und materielle Ausbeutung durch das Naziregime mußte überstanden werden. Devisen waren knapp und wurden nur sparsamst ausgegeben - ein Zustand, den wir uns heute gar nicht mehr vorstellen können.

Auf seine Familie bezogen schreibt dazu Jehu Apt: „Hermann (Feist) hatte auch schon öfters (vor 1936) Schläge von Rowdys bekommen. (Hermann Feist ist „verschollen in Dachau 1938“.) So kam auch die Auswanderung nach Palästina öfter zur Rede oder auch Amerika, nur das nötige Geld fehlte allen“⁸¹. Und ganz besonders traurig klingt es dazu von Gedalyah Nigal: „Ich war schon in Palästina, also im Jahr 1939, als meine Eltern das Affidavit ... bekamen. Sie sollten durch Italien fahren, – ... da stellten die Nazibehörden die Forderung, die Fahrt ... mit Devisen zu bezahlen. Meine Eltern hatten kein deutsches Geld, bestimmt keine Dollars. Da das Affidavit nicht benutzt wurde, sollten sie Geld zahlen, um es zu erneuern. Doch Geld war nicht da und mein Vater schrieb in einem seiner letzten Briefe: ‚Um schmutziges Geld müssen wir hierbleiben‘“⁸².

Anhand der Gestapoberichte und der Landratsberichte aus dem Jahren 1934-1936, der Zeitungsnotizen und der Aussagen der Zeitzeugen lassen sich die direkten Übergriffe und die erst noch geheimen, aber immer offener werdenden Sticheleien erkennen, welche für die bisher an gute Nachbarschaft gewöhnten jüdischen Familien einen massiven Einbruch in das bisher geführte Leben darstellten. Selbstverständlich gab es auch in Oberaula wie in den angrenzenden Gemeinden immer wieder eingeworfene Fensterscheiben, beschmierte Hauswände und persönliche Pöbeleien. Häufig geschah dies im Schutze der Nacht oder man machte HJ-Jugendliche als Täter aus⁸³.

Die Juden wußten sich nur zu einem Teil zu wehren, manche hatten immer in der Stille gelebt und waren nie aufgefallen. Sie verfügten nicht über die nötige Widerstandskraft, um den Gemeinheiten und Bedrohungen etwas entgegenzusetzen. Sie waren auf hilfsbereite Mitbürger angewiesen, deren es bis

zum Ende immer wieder welche gab, wenn ihre Namen im Gegensatz zu denen der Täter jedoch nicht einmal hinter vorgehaltener Hand genannt werden!

Zwar griffen HJ und SA auf höheren Befehl meist hart durch, wenn es zu privaten Eskalationen kam; aber die allgemeine Stimmung war antijüdisch und der Weg vom Gedanken zur Tat nicht weit - Beifall oder zumindest Genugtuung waren den Tätern trotz der Bestrafung sicher.

Um zu verdeutlichen, welcher Übereifer in der Schikanierung und Denunzierung nicht nur gegenüber jüdischen Nachbarn dabei in vielen Ortschaften an den Tag gelegt wurde, möchte ich über die beiden folgenden Ereignisse berichten, die sich nur wenige Kilometer entfernt von Oberaula zugetragen haben.

In Burghaun wurde eine Jüdin dabei beobachtet, wie sie Abfall in einen Graben schüttete. Im Bericht des zuständigen Gendarmeriehauptwachtmeisters Schulze heißt es dazu: „Da ihm die Eile der S.(tern) komisch vorkam, schaut ein Nachbar nach und findet Klauen und Hörner. Da er zufällig (? B.G.) Fleischbeschauer ist, schwätzt er herum und ein Parteimitglied macht daraufhin Anzeige mit der Folge, daß wegen Verdachts auf Großviehschlachtung Wohnung und Nebenräume der Geschwister S.(tern) durchsucht werden. Der Bruder gibt an, daß die Klauen und Hörner bereits mehrere Jahre auf der Miste gelegen hätten, dort aber nicht verrottet seien“. Nach fernmündlicher Rücksprache mit dem „Herrn Veterinärarzt“ in Hünfeld werden die vorhandenen Klauen „zwecks Besichtigung und Nachprüfung der Angaben des Isfried Stern der O.P.B. (Obersten Polizei-Behörde) zur Sicherung einstweilen überlassen“⁸⁴.

Dieser Bericht wäre nur lächerlich und absurd, wenn aus der Aussage der Frau Stern nicht hervorgehen würde, welcher Beobachtung die jüdischen Nachbarn zum einen ausgesetzt waren, wie niedrig die Denunziationsschwelle zum anderen war und welchen Einschränkungen das religiöse Leben, wie schon am Beginn meiner Ausführungen berichtet, nach 1933 ausgesetzt war, wenn es im Protokoll heißt: „Wir haben seit dem Schächt-Verbot nicht mehr geschlachtet. Auch haben wir seit dieser Zeit seltener Fleisch gegessen“⁸⁵.

Seltsame Gedankengänge und Denunziationismuster würden gelegentlich nicht unfreiwilliger Komik entbehren - wenn die Vorfälle für die Betroffenen nicht so bitter ernst und zum Teil lebensbedrohlich gewesen wären. Wie eng letztlich doch das Überwachungsnetz selbst gegen über „Amtspersonen“ war, zeigt der folgende Vorfall aus Gotthards, einem winzigen Dorf in der Rhön, in dem jeder jeden seit Generationen kannte. Dort war die Hakenkreuzfahne vom Bürgermeister wegen plötzlich einsetzenden Regens im Schulabort abgestellt worden. Selbiger hatte seine Schwester beauftragt, diese dort abzuholen. Die Schwester vergaß diesen Auftrag jedoch, so daß die Fahne wohl längere Zeit im Abort verblieb - bis dieser Fakt zu Ohren des zuständigen Gendarmen kam. Der Bericht des zuständigen Gendarmeriepostens an den Landrat in Hünfeld, „durch die Hand des Herrn Gendarmerieabteilungskommandanten“ weist nicht nur auf den korrekt eingehaltenen Dienstweg hin, sondern läßt auch das Katzbuckeln vor der vermeintlichen Autorität durchscheinen. In dem Schreiben wird auf die langjährige Parteizugehörigkeit des Bürgermeisters verwiesen und daß es diesem ferngelegen habe, die Fahne verächtlich zu machen. Der zur weiteren Entlastung des Bürgermeisters formulierte Schlußsatz entbehrt nicht der ironischen Delikatesse: „Weiter bleibt zu berücksichtigen, daß es sich um einen Abort handelt, der nicht mehr benutzt wird“⁸⁶.

Das Klima eskalierte immer mehr und die Denunziationen und Diffamierungen trafen in erster Linie die Juden, jedoch auch einige Christen, die noch immer nicht „auf Linie“ gebracht worden waren. In der Öffentlichkeit waren die Juden kaum noch anzutreffen, aus Sportvereinen, den freiwilligen Feuerwehren u.ä. waren sie teils schon mit Datum von 1933 herausgedrängt worden – zu groß waren die Berührungsängste. Jetzt wurden, nachdem die Welt die „friedlichen“ Spiele der Olympiade und den Prunk der „Bewegung“ genossen hatte, die Zeiten noch trostloser für den Einzelnen.

Im Inneren waren die jüdischen Nachbarn mit der Emigration beschäftigt. Hier galt es, alles zu veräußern, was man hatte, um die diversen Zahlungen leisten zu können, damit man dieses Land nur so schnell wie möglich verlassen konnte. Die Anzeigen in der Regionalpresse erzählen viel davon.

Einige hatten mit diesen Veräußerungen schon relativ früh angefangen. So veräußerte zum Beispiel Siegmund Rothschild sein Haus bereits 1934 mit großem Abschlag an einen Landmaschinenhändler, der ihm wohlgesonnen war, und wohnte dort weiterhin in einem Teil desselben zur Miete. Andere „rein arische“ Unternehmen teilen dies erst im Laufe des Jahres 1936 oder gar noch später mit. Man war auf die Gutwilligkeit der Käufer angewiesen, denn diese, selbst wenn sie bereit waren, einen angemessenen Preis zu zahlen, wurden z. T. von den Parteioberen unter Druck gesetzt, weit unter dem ausgehandelten Preis zu kaufen - die von der IRSO nach dem Krieg geforderten Nachzahlungen stellten dies nur für einen Teil der Betroffenen oder ihrer Erben nach oft entwürdigend langen Verfahren unter Hinzuziehung der Gerichte wieder richtig⁸⁷. Hinzu kam, daß der geleistete Kaufpreis nicht etwa dem zum Verkauf gezwungenen oder zumindest gedrängten jüdischen Bürger ausgehändigt wurde, sondern ein großer Teil davon auf ein Sperrkonto eingezahlt werden mußte. Die politischen Gemeinden beteiligten sich massiv an dieser Ausbeutung, wie der umfangreiche Schriftverkehr in den Wiedergutmachungsakten bezeugt.

Im Jahre 1938 eskalierte die Situation immer mehr. Auch die noch in Oberaula lebenden Juden mußten sich den nun Schlag auf Schlag folgenden Erlassen und Verfügungen zu ihrer genaueren Kontrolle und vor allem zur Überprüfung ihrer Vermögen unterziehen.

Mit Datum vom 26. April 1938 wurde aufgrund einer Verordnung des RMI von allen jüdischen Bürgern eine Vermögensaufstellung gefordert⁸⁸. Hier mußten sie genau angeben, wovon sie ihren Lebensunterhalt bestritten. Die entsprechenden Fragebögen sind aus der Region nicht mehr überliefert, nur noch einige Angaben aus einer „Liste der Vermögen ab 3.000 Mark“⁸⁹. Hier werden für Oberaula Meta Heilbrunn mit knapp über 10.000 Reichsmark und Max Isaak mit 6.574 Reichsmark genannt⁹⁰. Diese Vermögen stellen jedoch Ausnahmen dar. Fragebögen aus anderen Landkreisen der engeren Umgebung lassen die Dürftigkeit erahnen, in der jüdischer Alltag nun gelebt wurde. Geringste Summen aus Mieteinnahmen oder Unterstützungen von Verwandten mußten oft zum Lebensunterhalt ausreichen. Gelegentliche Hilfen von Nachbarn, Nahrungsmittel, die durch die Kinder heimlich „hintenrum“ gebracht wurden, halfen beim Überleben - bis zum Tod.

Im Mai 1938 wurde, um die angebliche Mitnahme beträchtlicher Vermögenswerte seitens der Auswandernden zu verhindern, ein erneuter Runderlaß des Reichsministers für Wirtschaft (RMW) bezüglich der Mitnahme von

Umzugsgut durch Auswanderer erlassen⁹¹. Dies führte dazu, daß von ärmeren Juden, welche gerade noch einen Unterschlupf in Südamerika, Australien oder Shanghai gefunden hatten, fast nur noch das auf dem Leib getragene mitgenommen werden konnte. Die erhaltenen Listen sprechen eine deutliche Sprache, da sowohl Anschaffungszeit als auch Anschaffungspreis jedes Stückes genau angegeben werden mußte und entsprechend besteuert wurde.

Im Juli 1938 wurde die Kennkartenpflicht für Juden eingeführt und jeder jüdische Bürger mußte nun im Besitz derselben sein⁹². In fast devoten Anfragen ergehen die Bitten der jüdischen Bürger um Ausstellung an die Gemeindeverwaltungen.

Des weiteren bereitete man allgemein den totalen Ausschluß der Juden aus der Wirtschaft vor. Wer jetzt noch nicht seine Liegenschaften veräußert hatte oder sein Geschäft, dem wurde nur noch ein symbolischer Betrag für den Zwangsverkauf geboten, der weit unter dem Marktwert lag. Doch selbst diese geringen Summen halfen manchmal, für die Auswanderung benötigte Gegenstände anzuschaffen oder aufgrund der diversen Auflagen auszulösen, d.h. ihren Wert oder ein Vielfaches davon noch einmal an die Finanzbehörden zu zahlen.

Die Situation eskalierte immer mehr und fand ihren Ausbruch schließlich im Novemberpogrom. Im Kreis Ziegenhain begannen die Ausschreitungen hierbei teilweise schon vor dem Abend des 9. November 1938, der allgemein als Stichdatum gilt. Die folgenden Aussagen stammen alle aus nach dem Krieg darüber durchgeführten Verfahren.

In Willingshausen fanden die Übergriffe bereits am Abend des 8. November statt⁹³. Die etwa fünf dort lebenden männlichen Juden wurden von dem dortigen Gendarm nach dem nur einige hundert Meter entfernten Merzhausen gebracht und dort in das Wachlokal gesperrt. Im Laufe der Nacht wurden sie dann ebenso wie ihre Glaubensgenossen aus Merzhausen einzeln von mehreren Tätern wiederholt mißhandelt. Angeblich wurde dieses Vorgehen von der Bevölkerung und dem zuständigen Bürgermeister in Merzhausen mißbilligt, wie es in einer Aussage des Gendarmen nach dem Krieg heißt. Als Levi Plaut, der diese Mißhandlungen und auch die daran anschließende Konzentrationslagerhaft in Buchenwald überstand, nach drei Wochen nach Willingshausen zurückkam, wurde er von dem zuständigen Gendarmen allen Ernstes befragt, ob er gegen die Täter Anzeige erstatten wolle. Er äußerte dazu nur: „Eine Anzeige habe wohl keinen Zweck“. Levi Plaut konnte Willingshausen nicht mehr verlassen, er wurde mit dem letzten regionalen Transport am 7. September 1942 ins KZ Theresienstadt deportiert. Dort allerdings rettete ihn die während der Pogromnacht erhaltene schwere Kopfwunde an der Stirn, da er diese während einer Selektion als schwere Kriegsverletzung aus dem Ersten Weltkrieg hinstellen konnte. So blieb ihm der Transport nach Auschwitz erspart.

Der Leiter der Pogromaktion, ein Schuhmacher aus dem Ort Merzhausen, behauptete, zur Tatzeit total betrunken gewesen zu sein - eine Entschuldigung, die stereotyp immer wieder in den verschiedensten Aussagen zu Ausschreitungen zu lesen ist. Er sei aus wirtschaftlichen Gründen frühzeitig in die Partei gegangen und ob diese Verhaftungen seinerzeit von oben befohlen worden seien, wisse er nicht. Er selber habe die Aktion nur geleitet, geschlagen hätten andere⁹⁴.

Doch es kam nicht nur zu Mißhandlungen, auch Plünderungen standen auf der Tagesordnung, obwohl das strengstens von den staatlichen Dienststellen verboten worden war. So wurde in der Nacht vom 9. zum 10. November das Ladengeschäft der Witwe Plaut in Willingshausen sowohl von einheimischen als auch auswärtigen SA-Angehörigen durchwühlt, nachdem sie selber Schmähungen und Bedrohungen ausgesetzt gewesen war und sich gerade noch zu einem ihr wohlgesonnenen Nachbarn retten konnte. Ihr selber wurde vom Bürgermeister, von dem sie sich wohl Hilfe erhofft hatte, am nächsten Tag beschieden, daß sie Willingshausen sofort verlassen müsse, Willingshausen müsse judenrein sein. Sie siedelte kurzfristig nach Hamburg über, kehrte aber später nach Willingshausen zurück mit der Folge, daß sie ihr Haus zwangsverkaufen mußte und ebenfalls nach Theresienstadt deportiert wurde. Auch sie überlebte.

Alle beteiligten Partei- und SA-Mitglieder wurden vom zuständigen Gau-gericht verurteilt. Das Nachkriegsverfahren brachte ihnen noch einmal je 8 Monate Haft - eine nur unbedeutende Strafe angesichts des Leides und zum Teil Sterbens, denen ihre Opfer ausgesetzt waren.

Doch zurück nach Oberaula. Hier wurden alle Juden, Männer, Frauen und sogar Kinder im Gefängnis des Amtsgerichts eingesperrt und schwer mißhandelt. Nur wenige hatten sich verstecken können. Die Synagoge wurde zerstört, das Inventar verbrannt und in den jüdischen Häusern herrschte Vandalismus, Betten wurden aufgeschlitzt, Mobiliar aus dem Fenster geworfen, Wertsachen zerstört. Die Bürger Oberaulas wandten sich wie in allen anderen Ortschaften ab. „Was hätten wir denn tun können?“, fragen sie sich bis heute. „Wir hatten doch alle Angst“.

Es kam auch zu Plünderungen. Der jugendliche HJ-Angehörige, der Uhrmachergehilfe Otto Ernst B. entwendete am 8. November aus der Wohnung des Kaufmanns Traub mehrere goldene Ringe, eine goldene Taschenuhr, eine goldene Kette sowie diverse unterschiedliche Münzen im Wert von insgesamt 95 Mark sowie 150 Mark Bargeld. Er wurde dem Amtsgericht Hersfeld zur Anklage zugeführt - weitere Unterlagen sind zu diesem Fall nicht vorhanden⁹⁵.

Unter teilweise äußerst entwürdigenden und beschämenden Umständen wurden die Frauen, welche auch mißhandelt worden waren, wieder freigelassen und mußten zum Teil nach Hause getragen werden. Die Männer aber wurden per Omnibus nach Kassel zur Sammelstelle und von dort nach Buchenwald verbracht. In Hersfeld und den anderen Orten der Umgegend wurde von den Angehörigen im Nachhinein für diesen Omnibustransport der Fahrpreis von 16.62 Reichsmark eingezogen und, wie es heißt, „dem Transportunternehmen ordnungsgemäß gegen Quittung abgeführt“⁹⁶.

In den anderen Dörfern der Umgegend mit jüdischer Bevölkerung gab es ebenfalls bereits vor der Nacht des 9. November judenfeindliche Demonstrationen. So wurden im benachbarten Niederaula die Synagoge und mehrere jüdische Häuser zerstört und ein siebenjähriges Kind beim Sprung aus dem Fenster schwer verletzt. Zu welchen Absurditäten es im Zuge dieser Aktionen kam, ist aus einem Schreiben abzulesen, in welchem die Ortsgruppe des NSV Hersfeld die Abholung der folgenden „Wertgegenstände eines kleinen Stoffhändlers bestätigt“⁹⁷. Neben diversen Stoffmustern unterschiedlichster Qualität in geringsten Mengen wurden auch „30 Obstkonserven, 28 Einmachgläser (voll) und 11 Gläser Gelle (= Gelee, B. G.)“ als „staatsfeindlicher Besitz“ sichergestellt.

In einem Fernspruch der Stapo Kassel heißt es am 10. November um 5 Uhr früh: „(Es, B.G.) ... ist insofern einzuschreiten, als eine Gefährdung deutschen Lebens und Eigentums besteht. Ebenso sind Plünderungen und Diebstähle auf alle Fälle zu verhindern. Plünderer sind festzunehmen. Im dortigen Bezirk sind so viele Juden festzunehmen, als in den Hafträumen untergebracht werden können. Mißhandlungen dürfen auf keinen Fall vorkommen. ... Nach Möglichkeit ist darauf zu achten, daß vor allem begüterte Juden festgesetzt werden“⁹⁸.

Damit war das Stichwort gefallen, und in der folgenden Zeit wurden auch die Juden hiesiger Gegend zwangsweise zu der reichsweiten verordneten „Sühnezahlung“ herangezogen. Für Arisierungsverhandlungen, die im Reichsinteresse lagen, ging man sogar so weit, die Juden aus der KZ-Haft freizulassen, um die Übernahme zu beschleunigen. Die Gestapo Kassel wies mit einem Schreiben an die zuständigen Landräte und Ortspolizeibehörden schon am 17. November darauf hin, daß nicht nur alle über sechzig Jahre alten Häftlinge sofort zu entlassen seien, sondern: „Soweit ... Juden zu Arisierungsverfahren benötigt werden, sind sie sofort zu entlassen. Arisierungsverhandlungen dürfen durch die Inschutzhaftnahme der Besitzer oder Teilhaber nicht gestört werden. Im Interesse der erwünschten Arisierung ist hierbei großzügig zu verfahren“⁹⁹.

Der RMW und der RMJ gaben gemeinsam am 25. November 1938 eine Verordnung heraus, in der „alle jüdische Einzelhandelsverkaufsstellen aufzulösen und abzuwickeln ... oder in nichtjüdisches Eigentum zu überführen sind“¹⁰⁰. Die unmittelbar bevorstehende Auswanderung war gleichfalls ein Grund, aus der „Schutzhaft“ entlassen zu werden¹⁰¹.

Aus der darauffolgenden Zeit sind keine Unterlagen mehr zum Bereich Oberaula überliefert. Nachdem es nach der Anzettelung des Krieges schon fast unmöglich geworden war, noch ein Land zu finden, welches bereit war, weiterhin jüdische Flüchtlinge aufzunehmen, wurde in einem geheimen Erlaß mit Datum vom 23. Oktober 1941 die Auswanderung endgültig verboten¹⁰². Und bereits am 3. Januar 1942 heißt es seitens des RFSSuCdDP¹⁰³, daß angesichts der bevorstehenden Endlösung jegliche Auswanderung unterbunden werden soll¹⁰⁴. Viele jüdische Bürger hatten schon nach dem Novemberpogrom versucht, in der Anonymität der Großstädte weniger Pressionen ausgesetzt zu sein und so sind auch aus Oberaula und der Umgebung diverse Abmeldungen nach Frankfurt oder in andere Großstädte zu verzeichnen¹⁰⁵.

Doch dies war nur ein kurzer Aufschub – der Deportationsbefehl erfaßte auch diese Flüchtlinge und brachte ihnen in einem der Vernichtungslager „im Osten“ den Tod.

Die noch in Oberaula lebenden jüdischen Nachbarn mußten seit September 1941 den gelben Stern tragen¹⁰⁶ - und die Zeitzeugen können sich nicht daran erinnern.

Am 7. September 1942 hatten die Nazis dann auch in Oberaula und Umgebung ihr Ziel erreicht. Die letzten älteren jüdischen Nachbarn aus dem Kreis Ziegenhain wurden nach Theresienstadt deportiert. Nur wenige überlebten.

Der Kreis Ziegenhain war „judenfrei“.

Anmerkungen

Dies ist die überarbeitete Fassung eines Vortrags, der unter dem Titel „Sie waren Nachbarn. Jüdischer Alltag in Oberaula und Umgebung bis zur Vertreibung und Vernichtung“ am 29.10.1997 in Oberaula auf einer Tagung der Hessischen Landeszentrale für politische Bildung zum Thema „Alltag im Nationalsozialismus“ gehalten wurde.

- 1 Diesen Satz schrieb Werner Nagel aus Neukirchen an seinen 1939 mit einem Kindertransport nach Palästina gelangten Sohn Gedalyah Nigal (= Gerhard Nagel, *1927). Werner Nagel wurde zusammen mit seiner Frau Klara geb. Schuster mit eben jenem Transport vom 31.5.1942 „nach dem Osten“ deportiert und ermordet.
- 2 Erstmals wurden Juden in den Archivalien für Oberaula im Jahre 1611 genannt. Für die Region sind nach der gleichen Quelle Juden bereits für das Jahr 1600 bezeugt. (Barbara Greve: Bruchstücke. Versuch einer Rekonstruktion der jüdischen Gemeinde Oberaula bis zur Mitte des 19. Jahrhunderts. - In: Hartwig Bambey, Adolf Biskamp, Bernd Lindenthal [Hrsg.]: Heimatvertriebene Nachbarn. Schwalmstadt 1993, S. 561-589).
- 3 Diese Zahlungsweise wurde besonders geschätzt, da die Landbevölkerung unter chronischem Bargeldmangel litt. Man zahlte unter Christen üblicherweise seine Schulden erst „zwischen den Jahren“ oder gar im Tauschhandel mit Naturalien.
- 4 Monika Richarz: Emancipation and Continuity - German Jews in Rural Economy. - In: Werner E. Mosse, Arnold Paucker, Reinhard Rürup: Revolution and Evolution 1948 in German Jewish History, Tübingen 1981, S. 98.
- 5 Michael Schmidt: Schacher und Wucher. Ein antisemitisches Stereotyp im Spiegel christlicher und jüdischer Autobiographien der Goethezeit. - In: Menora. Jahrbuch für deutsch-jüdische Geschichte 1990, S. 235-277.
- 6 Siehe dazu Barbara Souchy: Zwischen Geborgenheit und Gefährdung. Jüdisches Leben in hessischen Kleinstädten und Dörfern. - In: Uwe Schulz (Hrsg.): Die Geschichte Hessens, Stuttgart 1983, S.145-159, hier S. 158.
- 7 Siehe dazu Thomas Weidemann: Politischer Antisemitismus im Deutschen Kaiserreich. Der Reichstagsabgeordnete Max Liebermann von Sonnenberg und der nordhessische Wahlkreis Fritz-Homberg-Ziegenhain. - In: Hartwig Bambey et al (Hrsg.): Heimatvertriebene Nachbarn. Beiträge zur Geschichte der Juden im Kreis Ziegenhain. S. 113-184 sowie Bernd Lindenthal: Der politische Wille im Kreis Ziegenhain 1930-1933. Ebd. S. 215-222.
- 8 Marion A. Kaplan: Jüdisches Bürgertum. Frau, Familie und Identität im Kaiserreich. Hamburg 1997. S. 29.
- 9 Monika Richarz: Viehhandel und Landjugend im 19. Jahrhundert. Eine symbiotische Wirtschaftsbeziehung in Südwestdeutschland. - In: Menora. Jahrbuch für deutsch-jüdische Geschichte 1990. S. 66-88.
- 10 Gespräch mit Herrn K. (*1911) am 26. 6. 1997.
- 11 Marion A. Kaplan (1997), S. 179f.
- 12 Frielendorfer Zeitung vom 2. 9. 1933, zitiert in: Hartwig Bambey: Unter „Schutz“, integriert, vertrieben, vernichtet, vergessen – Zur Geschichte der Juden in Frielendorf. - In: Bambey et al (Hrsg.) (1993), S. 489-554, hier S. 526.
- 13 Gespräch mit Herrn K. (*1911) am 26. 6. 1997.
- 14 Siehe hierzu Hartwig Bambey et al (1993), S. 441 und 515.
- 15 Beate Bechtold-Comforty: Spätzle und Tscholent. Aspekte schwäbisch-jüdischer Eßkultur. - In: Menora. Jahrbuch für deutsch-jüdische Geschichte 1992, S. 121-142, hier S. 128.
- 16 Rudolph Moser: Die Juden und ihre Wünsche. Stuttgart 1828.
- 17 Ebd.
- 18 Gespräch mit Frau B. (*1923) am 26.6.1997.
- 19 So äußerte sich der Mainzer Bischof Kettler 1852 in antisemitischem Vorurteil. - In: Jacob Toury: Soziale und politische Geschichte der Juden in Deutschland 1847-1871, Düsseldorf 1977, S. 380 (= Schriftenreihe des Instituts für Deutsche Geschichte der Universität Tel Aviv, 2).
- 20 Werner J. Cahnmann (1974), S.184.
- 21 Marion A. Kaplan (1997), S.45.
- 22 Barbara Souchy (1992), S.159, Marion A. Kaplan (1997), S.29f, Dickinson (1967), S. 12
- 23 Gespräch mit Herrn K. (*1911) am 26.6.1997.
- 24 Marion A. Kaplan (1997), S.172.
- 25 Brief von Jehu Apt vom 18.9.1997.
- 26 Bernd Lindenthal: Der politische Wille im Kreis Ziegenhain 1930-33. - In Hartwig Bambey et al (Hrsg.) (1993), S. 215-221, hier S. 221.
- 27 Ziegenhainer Zeitung vom 19.3.1933: „Wie wir erfahren, hat der Landrat für den Kreis Ziegenhain ein allgemeines Verbot des Schächtens nach jüdischen Rituell (!, B.G.) erlas-

- sen“. Zitiert in Hans Gerstmann: Was Zeitungen gemeldet haben. - In: Hartwig Bambey et al (Hrsg.) (1993), S. 185-203, hier S. 195.
- 28 Staatsarchiv Marburg (StAM) Bestand 165 Nr. 3863.
- 29 Ebd.
- 30 Bernd Lindenthal: „...gesetzmäßig richtig, aber unklug...“ zur Strafversetzung eines Neukirchener Richters 1934. - In: Hartwig Bambey et al (Hrsg.) (1993), S.463-466.
- 31 Thomas Klein (Hrsg.): Die Lageberichte der Geheimen Staatspolizei über die Provinz Hessen-Nassau 1933-1936. Köln, Wien 1986, S. 39.
- 32 Ebd.
- 33 Siehe hierzu auch das Schreiben des Reichsministers des Inneren vom 26.12.1934: Aktionen gegen Juden von nicht autorisierten Personen („Volksjustiz“) sind zu verhindern. Zitiert in Joseph Walk: Das Sonderrecht für die Juden im NS-Staat. Heidelberg 1996. 2.A., S. 101.
- 34 Frielendorfer Anzeiger vom 1.4.1933, abgedruckt in Hartwig Bambey et al (Hrsg.) (1996), S.194.
- 35 Schwalm-Bote vom 9.3.1933.
- 36 Ziegenhainer Zeitung vom 6.9.1933.
- 37 Siehe dazu Thomas Klein (1986), S. 66.
- 38 Ebd.
- 39 Ebd.
- 40 Brief von Jehu Apt vom 18.9.1997.
- 41 Thomas Klein (1986), S. 88.
- 42 Ebd. S. 89.
- 43 Ebd. S. 88 und 111.
- 44 Thomas Klein (1986), S.273.
- 45 Brief von Jehu Apt vom 18.9.1997. Seine Großmutter und weitere Verwandte lebten in Oberaula.
- 46 Thomas Klein (1986), S. 145 und 153. Vergl. dazu auch StAM Bestand 165 Nr. 3863.
- 47 Thomas Klein (1986), S. 153.
- 48 Ebd. S. 168.
- 49 Joseph Walk (1996), S. 42.
- 50 Ebd. S. 48.
- 51 Ebd. S. 71.
- 52 Gespräch mit Frau N. (*1915) am 13.7.1997.
- 53 Marga Spiegel-Rothschild veröffentlichte ihre Erinnerungen an diese Zeit nach dem Krieg unter dem Titel „Retter in der Nacht“, Frankfurt 1969. Die erweiterte Neuauflage, herausgegeben von Diethard Aschoff, Institut Judaicum Delitzschianum, Münster 1999, erschien als Band 3 der Reihe „Geschichte und Leben der Juden in Westfalen“.
- 54 Jahrbuch Schwalm-Eder-Kreis 1990, S.126.
- 55 So gibt es mit Datum vom 21.1.1936 eine Dringlichkeitsbescheinigung des Neukirchener Bürgermeisters für die Zuteilung von 50 Mark in Devisen an Johanna Grünebaum. Als Grund wird die Auswanderungserkundigung der 1907 geborenen Kontoristin angegeben.
- 56 Siehe dazu den Erlaß des Preußischen Ministerpräsidenten, vom 15.1.1934 in Joseph Walk (1996), S. 67 und Thomas Klein (Hrsg.): Der Regierungsbezirk Kassel 1933-1936. Die Berichte der Regierungspräsidenten und der Landräte. Darmstadt und Marburg 1985), S. 295 (= Quellen und Forschungen zur hessischen Geschichte, 64) in bezug auf einen Vorfall in Frielendorf.
- 57 Schmuël Levi: Erinnerungen an meine Jugend in Neukirchen. - In Hartwig Bambey et al (Hrsg.) (1993), S. 455-462, hier S. 459.
- 58 Bernd Raubert: Struktur und Geschichte der ländlichen Synagogengemeinde Gilserberg. - In: Hartwig Bambey et al (Hrsg.) (1993), S. 723-784, hier S. 779.
- 59 Gedalyah Nigal: Erinnerungen an den Novemberpogrom in Frankfurt a.M. und Neukirchen. - In: Hartwig Bambey et al (Hrsg.) (1993), S. 467-472, hier S. 469.
- 60 Ebd. S. 470.
- 61 Thomas Klein (1986), S. 349.
- 62-64 Ebd.
- 65 Ziegenhainer Zeitung vom 29.3.1935.
- 66 Ebd.

- 67 Bernd Lindenthal: Zwischen Hoffnung und Wahnsinn - Über Juden in Treysa - Von den Anfängen bis 1942. - In: Hartwig Bambey et al (Hrsg.) (1993), S. 241-384, hier S. 318ff. Bereits hier wird als „Entschuldigung“ für die Tat vom Täter vorgebracht „auch sei er betrunken gewesen“, - eine Behauptung, die sich auch in den Spruchkammerverfahren nach 1945 immer wieder finden läßt und in Prozessen gegen Rechtsradikale bis in unsere Zeit schamlos strapaziert wird.
- 68 Thomas Klein (1986), S. 168 sowie S. 182.
- 69 Joseph Walk (1996), S. 117.
- 70 Thomas Klein (1986) S. 182 und S. 186.
- 71 Ziegenhainer Zeitung vom 6.9.1935. Diese diffamierende Aussage bezog sich nur auf die jüdischen Händler, da Steina niemals in seiner Geschichte jüdische Einwohner hatte.
- 72 Frielendorfer Zeitung vom 2.10.1935.
- 73 Thomas Klein (1986), S. 102.
- 74 Wahlergebnis der letzten Wahl 1932 für die NSDAP = 69,2%, 1933 = 81,4%.
- 75 Wahlergebnis der letzten Wahl 1932 für die NSDAP = 91,2%, 1933 = 97,0%.
- 76 Wahlergebnis der letzten Wahl 1932 für die NSDAP = 70,8%, 1933 = 85,5%.
- 77 Thomas Klein (1986), S. 758f.
- 78 Die Hervorhebung der „Rassenzugehörigkeit“ ist eine Art vorausseilender Gehorsam der Presse gegenüber dem Erlaß des Reichsministers des Inneren vom 7.12.1935: „Bei allen Mitteilungen an die Presse über Straftaten von Juden ist ihre Rassezugehörigkeit hervorzuheben.“ - In: Joseph Walk (1986), S. 143.
- 79 StAM Bestand 165 Nr. 3965 - Tagesbericht der Stapostelle Kassel vom 17.8.1935.
- 80 Stadtarchiv Kassel, Bestand S3 Nr. 343 und 346.
- 81 Brief von Jehu Apt vom 18.9.1997.
- 82 Gedalyah Nigal (1993), S. 470.
- 83 Siehe dazu die wiederholten Berichte über diese Vorfälle in Thomas Klein (1986).
- 84 StAM Bestand 165 Nr. 3863.
- 85 Ebd.
- 86 StAM Bestand 165 Nr. 3863.
- 87 Siehe hierzu als nur ein regionales Beispiel Hartwig Bambey: Wiedergutmachung nach 1945 - oder „Unter dem Druck der Verhältnisse. - In: Hartwig Bambey et al (Hrsg.) (1993), S. 223-240.
- 88 Joseph Walk (1986), S. 223.
- 89 Stadtarchiv Kassel Bestand S3 Nr. 350.
- 90 Doch selbst diese für damalige Zeit recht befriedigenden Privatvermögen halfen beiden nicht mehr, das Land verlassen zu können. Sie wurden 1942 nach Riga deportiert.
- 91 Joseph Walk (1986), S. 225.
- 92 Ebd., S. 233.
- 93 Die folgenden Angaben wurden den Akten des Spruchkammerverfahrens entnommen (StAM Bestand 274 Nr. 64 und 282).
- 94 Das Verhalten der Bevölkerung und das Beziehungsgeflecht aus Kumpanei und „kleiner Macht“ sowie das zum Teil bedrückende Verhalten der Opfer nach dem Krieg, welches in den Akten zum Ausdruck kommt, bedürfte für die Region dringend weiterer Aufarbeitung.
- 95 StAM Marburg Bestand 180 Hersfeld Nr.9698.
- 96-99 Ebd.
- 100 Joseph Walk (1986), S.258.
- 101 Ebd., S. 256.
- 102 Ebd., S. 353.
- 103 = Reichsführer SS und Chef der deutschen Polizei.
- 104 Ebd., S. 361.
- 105 Hier sei besonders auf das Schicksal des Salli Levi aus dem nahen Neustadt/Krs. Marburg verwiesen, der versucht hatte, sich nach Köln zu retten. Von dort wurde er in das Getto Litzmannstadt deportiert und später ermordet.
Die dazu ablaufende finanzielle Ausplünderung ist ausführlich beschrieben bei Wolfgang Dreßen: Betrifft: „Aktion 3“. Deutsche verwerten jüdische Nachbarn. Berlin 1998. S. 93-113.
- 106 Ebd., S. 347 (Erlaß vom 1.9.1941, gültig ab 15.9.1941).